

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

299 (23.12.1920)

tes und wurde der Großgrundbesitzerpartei, der sogenannten Optimatenpartei, gefährlich. Sie griffen aber nicht mehr nach Stühlen und brachen keine Tischbeine ab, um ihren Widerstand zu erschlagen, aber sie kauften sich den Tribunen Drusus. Drusus bekämpfte die Reformen des Gaius Gracchus, indem er jeden seiner Vorschläge übertrumpfte. Gaius wollte das an das Volk zu verteilende Land einer eventuellen Spekulation entziehen. Es sollte deshalb unveräußerlich sein und der Staat über eigenwillig bleiben, was durch eine Nachsumme zum Ausdruck kommen sollte. Der bezahlte Drusus sprach gegen jede Beschränkung des „freien Eigentums“ und gegen jede steuerliche Belastung. Die radikale Abgabe tat ihre Wirkung. Drusus siegte. Gaius Gracchus fiel beim Volk in Ungnade und gab sich selbst durch einen Dolchstoß den Tod. Die Großgrundbesitzerpartei mochte seinen Kopf mit Gold auf und hatte alle Ursache dazu. Denn nach Gaius' Tode verkauften die römischen Anwesenden, die veräußert waren, ihr Eigentum an den zahlungsunfähigen Großgrundbesitzer. Besonders wurde die bekannte und größte Viehzucht aller Zeiten auf den Trümmern des zerstörten Karthagos aufgelöst. Der Großgrundbesitz in Rom hatte den Weg frei. Die Sklavenerwirtschaft und die Proletarisierung der Massen bedeuteten aber den Untergang dieses alten Weltreiches.

Das Schicksal des Gaius Gracchus hat sich im Laufe der Entwicklung in hundert Formen wiederholt. Drusus ist so das klassische Beispiel für die politische Demagogie geworden. Bis auf unsere Tage kämpft man mit dieser alten römischen Optimatenschlaube. Wenn Hugo Stinnes heute die Sozialisierung bekämpft, indem er dem Volke die Beteiligung an Kapital und Gewinn verspricht, so ist das alles nach Venetia schon dagewesen. Gaben wir mit unseren Vorschlägen das Volksganze im Auge, so wendet sich der Vorschlag der Stinnes und Silberberg an den durch den Krieg großgewirtschafteten Individualismus und Egoismus bestimmter Massen. So stellt uns der Weltkrieg vor einen zweiten Entscheidungskampf. Wir wissen, daß die Versprechungen eines Stinnes auf Teile der Indifferenten, der ökonomischen und historischen Schulung entbehrenden Massen schmeichlerisch wirkt.

Man hätte keine zugkräftigere, aber auch keine gefährlichere Demagogie gegen die Sozialisierungsidee finden können. Es wird trotz aller unserer Entschlossenheit auszurechnen sein, wieviele Stimmgäbel auf diese Wahlparole zu buchen sind. Der deutsche Kapitalismus hat heute alle und jede Ursache, den Kopf Hugo Stinnes mit Gold aufzuwickeln. Er allein ist in der Lage, die kapitalistische Wirtschaft vor der Sozialisierungsaktion zu bewahren, indem er im wahren Sinne des Wortes mit fremdem Kalbe pflügt. Hat Stinnes mit jenen Methoden Glück, dann ist die Entwicklung zum amerikanischen Trust frei. Hugo Stinnes hat sich wirklich in den politischen Kämpfen der Nachkriegszeit als ein Kopf der Güte erwiesen.

Die deutsche Arbeiterklasse soll sich aber der historischen Wahrheit erinnern, daß kein Gott und Meßias und kein Stinnes sie von ihrem wirtschaftlichen Elend befreien kann, wenn es dies nicht selbst kann.

Deutschlands Finanzlasten

Aus der Rede des Staatssekretärs Schröder in der ersten Sitzung der Wiedergutmachungskommission sind noch einige bemerkenswerte Einzelheiten nachzutragen. Staatssekretär Schröder führte aus:

Die schwebende Schuld belief sich im April 1919 auf 64 Milliarden und beträgt jetzt 147 Milliarden. Die Regierung muß bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1920 mit einer weiteren Zunahme der schwebenden Schuld um etwa 25 Milliarden rechnen, was Ende März 1921 eine schwebende Schuld von insgesamt 171 Milliarden bedeutet. Hinzu kommen noch die Verpflichtungen der deutschen Regierung, ihre Staatsangehörigen für die Beschlagnahme deutschen Eigentums in den Entente-Ländern zu entschädigen. Eine Gesundung aus diesem Finanzelend sei trotzdem möglich bei äußerster Sparsamkeit, energischer Anspannung der Steuerkraft, Stabilisierung des Wechselkurses, sowie unter der Voraussetzung, daß entsprechend den Zusagen des Friedensvertrags die Alliierten von Deutsch-

land keine größeren Leistungen forderten, als es seiner Leistungsfähigkeit entspreche.

Staatssekretär Schröder erklärte sodann die Grundzüge, nach denen die deutsche Regierung den ordentlichen Haushalt vom außerordentlichen unterscheidet. Die Lasten, welche aus den Steuereinnahmen einschließlich der einmaligen Steuereinnahmen gedeckt werden sollen, gehörten in den ordentlichen Haushalt, während der außerordentliche Haushalt sich auf die Ausgaben beschränkte, für die ihrer Natur nach Sanktionen gemacht werden können. Der ordentliche Haushalt 1920-21 balancierte mit den tatsächlichen Einnahmen. Die Staatseinnahmen bis Anfang November ließen erwarten, daß die geschätzten Beträge erreicht würden. Beispielsweise brachte die Einkommensteuer, die in den ersten drei Monaten des Finanzjahres 1920-21 nur 41 Millionen ergab, im Juli 396 Millionen, im August 556, im September 774 und im Oktober 1082 Millionen ein. Dieser hohe Ertrag der direkten Steuern wurde nur durch Aufzehrung sehr schwerer Steuerreserven erreicht. Im übrigen hält Staatssekretär Schröder eine weitere Erhöhung der direkten Besteuerung nicht mehr für möglich. Er glaube aber, daß vielleicht eine gewisse Erhöhung der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer, der Zuckerversteuer und des Branntweinmonopols eintreten könne. Im allgemeinen könnten die staatlichen Industrieunternehmen in absehbarer Zeit balanciert werden, während die wiederkehrenden Ausgaben des Haushalts jetzt schon beinahe balancierten.

Zu dem außerordentlichen Budget zurückkehrend, erklärte Staatssekretär Schröder, daß viele Posten allmählich verschwinden würden, aber die durch den verlorenen Krieg verursachten Kosten der Ausführung des Friedensvertrages würden ungedeckt bleiben. Es sei unbedingt notwendig, solche Kosten aus dem ordentlichen Haushalt zu zahlen, da eine dauernde Vermehrung der schwebenden Schuld den finanziellen Zusammenbruch herbeiführen müßte. Um Geld flüssig zu machen, könne die Regierung nur Schatzanweisungen zur Reichsbank geben, und diese Schatzanweisungen seien bei Fälligkeit immer wieder neu auszustellen. Das Bedenke von der Notenpresse leben. Es sei daher unbedingt notwendig, daß Deutschland Zeit gelassen werde, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, bis ein Lebensfuß im ordentlichen Haushalt vorhanden sei, der hinreichte, die Lasten des Friedensvertrages zu decken.

Französische Kritik an der Wiedergutmachungskommission

Mit anerkanntem Wertem Freimut kritisiert Sauerwein im Pariser „Matin“ mit aller Schärfe die außerordentlich hohen Kosten, die die Wiedergutmachungskommission verursacht, ohne daß sie dabei, wie Sauerwein zwischen den Zeilen durchblicken läßt, imstande sei, effektive Arbeit zu leisten. Geradezu niederschmetternd ist die Feststellung, daß die Wiedergutmachungskommission, die ihren Sitz in Wien hat, Österreich 4 Milliarden Kronen, also 500 Millionen auf den Kopf der Bevölkerung kostet, was dem österreichisch-ungarischen Budget vor dem Kriege gleichkommt. Sauerwein bezeichnet die Wiedergutmachungskommission als eine Leberbrotfabrik, die eine so beträchtliche Korporation bildet, daß sie mehr als 500 Personen umfasse, die monatlich von Deutschland zu bezahlen sind und Deutschland Unkosten in einer Höhe verursacht, die öffentlich einzuheben sie selbst nicht mag. Sauerwein bemerkt zum Schluß: Wenn ich Reichsminister in Berlin wäre und wenn ich die persönliche Rede Bergmanns auf der Konferenz in Brüssel gelesen hätte, würde ich in Anbetracht der Dinge unerbittlich telegraphieren: Schweigen Sie, hüten Sie sich, begnügen Sie sich damit zu stöhnen! Sie verlieren nichts bei Zuwarten, bis zum 1. Mai kann man nichts von Ihnen fordern, bis dahin werden wir vielleicht, wenn Gott es will und die Wiedergutmachungskommission dazu hilft, ein Mittel gefunden zu haben, genaue Verpflichtungen zu vermelden.

Die schmerzgekränkten Marburger Studenten

Die preußische Justiz wagt sich allmählich zu einem Standpunkt aus! Arbeiter, die es gewagt haben, gegenüber den Kappisten die Republik zu verteidigen, wandern ins Justizhaus, während die Hochverräter selbst ausgehen und die gemeinen Mordbuben von Reichsterrill zum zweitenmal freigesprochen werden. Ueber dieses Ergebnis der Kappisten-Schwarzgerichtsverhandlungen ist die reaktionäre Welt in höchste Begeisterung geraten. In ihrer Presse kann man wahre Lobesgesänge auf die „braven Jüngens“ hören, die nicht davor zurückgeschreckt sind, in schändlichster Weise 15 wehrlose Arbeiter zu erorden. Welchen Hörspruch diese Freude über den Mord in den Kreisen jener erreicht hat, die so eifrig die geistige Wiedergeburt des deutschen Volkes erstreben, zeigt eine kleine Anfrage,

die die Abgg. Kahle, Dr. Reich und Stendel in der preußischen Landesversammlung eingebracht haben. Sie bezieht sich auf eine Aeußerung, die unser Genosse Hähnisch im Sommer dieses Jahres tat, als er in einem Artikel von dem feigen Meuchelmord der Marburger Wunden sprach. Schon damals hat Genosse Hähnisch auf eine Anfrage des Abg. Stendel geantwortet, daß er gar nicht daran denke, diese Aeußerung zurückzunehmen, daß er vielmehr überzeugt sei, der überauswichtigen Mehrheit des deutschen Volkes aus dem Herzen gesprochene Wahrheit zu haben.

Kunmehr glauben die Reaktionen die Stunde der Genugtuung für ihre Schillinge habe geschlagen. Sie fragen die Staatsregierung, ob sie angesichts des standstilligen Preispruchs von Kassel das Verhalten des Genossen Hähnisch billigt, der unbescholtene Leute in unerhörtester Weise beleidigt? Die Fragesteller erwarten, daß die Staatsregierung aus dem Preispruch die notwendige Folgerung zieht und den Minister Hähnisch veranlaßt, den schwergekränkten Marburger Studenten öffentlich Genugtuung zu geben.

Wenn es also nach dem Wunsche dieser Kappisten geht, dann zieht unser Genosse Hähnisch nach Marburg, um die Herren Mörder zu bitten, ihm doch gnädigst verzeihen zu wollen, da die unfehlbare preussische Justiz ihre Unschuld festgestellt hat. Diese provozierende Freiheit der Rechtsparteien zeigt mit aller Deutlichkeit, wie weit wir in der Republik gekommen sind. Jeder erste Schritt kann es sich erlauben, einen Arbeiter „auf der Flucht“ zu erschlagen, er kann diese „staatsbehaltende“ Tätigkeit sogar in sehr umfangreicher Weise ausüben, es wird ihm nichts geschehen. Es finden sich immer wieder Richter, die nachweisen, daß er unjährlig ist und ihn freisprechen. Ein Minister aber, der der Mut aufbringt, ein Verbrechen ein Verbrechen, einen Mörder einen Mörder zu nennen, muß sich daraufhin im Parlament angreifen lassen und legt sich der Gefahr aus, zur öffentlichen Genugtuung gezwungen zu werden.

Diese Zustände sollten jedem, der lebenden Auges durch die Welt geht, davon überzeugen, daß endlich einmal Remede geschaffen werden muß. Das Wort gleiches Recht für alle muß in der deutschen Republik nicht nur auf den Papieren stehen, sondern in die Tat umgesetzt werden. Die Republik muß ein Rechtsstaat werden, der ohne Rücksicht auf Personen das Unrecht bestraft. Erst dann wird sich die Republik im Innern sowie im Auslande das Ansehen verschaffen, das sie gebraucht, um unter den Völkern existieren zu können.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem längeren Leitartikel zu dem Drama von Reichsterrill, daß das Urteil des Kasseler Schwurgerichts keine das Rechtsempfinden befriedigende Lösung gefunden hat. Dann fährt das Blatt fort: Der ungewöhnliche Vorgang, daß der Vertreter der Anklage in seiner Schlussrede selbst alles Entlastende zusammenbrachte und in den Vordergrund stellte, das Belastende dagegen nach Möglichkeit abschwächte, hat wohl den Ausschlag für diesen Wahrspruch gegeben, für dessen Zustandekommen auch die Zusammenlegung der Geschworenensbank von erheblicher Bedeutung war. Von dem Kasseler Staatsanwalt gilt das Gleiche, was über den militärischen Anklagevertreter in Marburg zu sagen war: die Anklage wurde lang mehr nach Entschuldigung als nach Sühneforderung und ließ von Empörung über die Tat rein gar nichts erkennen.

Mag auch das bürgerliche Geschworenengericht die Herren Studenten freigesprochen haben, nicht freigesprochen sind sie im Urteil des Volkes! Ewig wird an ihre Namen sich der Vorwurf heften, daß sie bei Nacht und Nebel, bewaffnet bis an die Zähne waffenlose Arbeiter, die ihre Gefangenen waren, auf der Landstraße niedergeknallt haben wie tolle Hunde! Keinem Menschen aus dem Volke kann man begreiflich machen, daß diese selbständige Hinrichtung der Arbeiter durch junge Studenten eine Staatsnotwendigkeit gewesen sei. Denn gefehlt den Fall, die Behauptung von der Richtigkeit, wie wir sie für falsch und unwahrscheinlich halten, so lag doch keinerlei Anlaß vor, den ersten Mordanschlag zu erschlagen. Selbst wenn der eine entkommen wäre, hätte man zweifellos von ihm nicht zu befürchten brauchen, daß er das ganze Aufgebot von Zeitsfreiwilligen und Reichswehrsoldaten über den Haufen rennen würde. Noch weniger aber wäre es ersichtlich, daß man auch die anderen Gefangenen erst entlassen ließ, anstatt sie in sichere Bedeckung zu nehmen. Aber die ganze Behauptung von der Einzelflücht der Gefangenen ist innerlich so unwahrscheinlich, daß selbst das förmliche Zeugnis der trotz dem Verdacht der Wittitersdorf bereitwilligen Studenten sie nicht wahrscheinlicher machen kann.

Es bleibt also nach dem Urteil von Kassel wie dem von Marburg als Tatsache bestehen: Studenten, als Zeitsfreiwillige aufgeboten, habe ohne Haftbefehl in den thüringischen Dörfern Arbeiter als „Spezialistenbunde“ verhaftet, sie auf meilenweiter Landstraße transportiert, dann einzeln entlassen lassen, um sie auf der Flucht zu erschlagen. Wenn daher die Herren Studenten auch freigesprochen worden sind, an dem Urteil des deutschen Volkes über ihre schändlichen Missetaten wird dadurch nichts geändert.

herab. Er drückte noch einmal die Hand des Pfeifers, schloß ihm die Augen zu und schlang sich auf, um den Knechten in ihr Lager zu folgen.

11.
O schöner Tag, wenn endlich der Soldat
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit —
O glücklich, wenn dann auch sich eine Frau,
Sich zarte Arme sanft umschlingend öffnet.
Schiller

Nach einem Marsch von beinahe drei Stunden näherte sich der Trupp der hündischen Knechte, den Gefangenen in ihrer Mitte, dem Lager. Sie hatten nicht gewagt, sich laut zu unterreden, aber ihre Mienen verkündeten großen Triumph, und Georgs scharfes Ohr entging es nicht, wie sie flüsternd den Gewinn berechneten, den sie aus dem Herzog im grünen Mantel ziehen würden. Ein freudiges Geflüster bewegte seine Brust, er glaubte hoffen zu dürfen, daß der unglückliche Fürst durch seine fähige Aufopferung Zeit gewonnen habe, sich zu retten. Nur der Gedanke an Marie trieb auf Augenblicke seine Freude. Wie groß mußte ihr Kummer schon gewesen sein, als sie die Nachricht vom dem Ausgange der Schlacht bekam; er hatte ihr zwar durch treue Männer die Nachricht gefandt, daß er umbelehrt aus dem Streit gegangen sei; aber mußte er nicht, daß die traurige Entschädigung von Württemberg Schicksal ihre Seele tief betäubte, daß ihre Wände ängstlich dem Geschehen auf den Gefahren der Flucht folgten, daß ihre Sehnsucht zu jeder Stunde seinen Namen nenne und ihn zurückrufe?

Und durfte er hoffen, vom Bunde zum zweitenmal so leicht entlassen zu werden, wie damals in Ulm? Gefangen mit dem Waffen in der Hand, bekannt als eifriger Freund des Herzogs — mußte er nicht fürchten, einer langen Gefangenschaft, einer grausamen Behandlung entgegen zu gehen? Die Ankunft an den äußeren Posten des Lagers unterbrach diese düsteren Gedanken. Die Knechte schickten einen aus ihrer Mitte ab, um die Bundesobersten von ihrem Rang zu benachrichtigen und Befehle einzuholen, wohin man ihn führen solle. Es war dies eine peinliche Viertelstunde für Georg; er wünschte womöglich mit Fronsborg zusammenzutreffen, er glaubte hoffen zu dürfen, daß dieser edle Freund seines Vaters ihm seine gültigen Bestimmungen erhalten haben möchte, daß er ihn zum wenigsten billiger beurteilen werde als Waldburg Truchseß und so mancher andere, der ihm früher nicht günstig war.

(Fortsetzung folgt.)

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

„Gib Raum, Hans,“ flüsterte der Herzog mit unterdrückter Stimme dem Spielman zu, der mit gehobener Art zwischen ihm und dem Doktor stand; „geh, tritt auf die Seite. Ihr Freunde, schließt euch an, wir wollen plötzlich auf sie einfallen, vielleicht gelingt es, durchzubrechen!“ Doch nur Georg vernahm diesen Befehl des Herzogs, denn die zwei andern Reiter hielten wohl zehn Schritte hinter ihnen den Eingang besetzt und waren schon mit den hündischen Reitern im Gefecht, die umsonst dieses ritterliche Paar zu durchbrechen und zu dem Herzog durchzudringen versuchten. Georg schloß sich an Ulrich an und wollte mit ihm auf den Doktor und die Knechte einprengen, aber diesem war das Flüstern des Herzogs nicht entgangen. „Drauf, ihr Männer! der im grünen Mantel sitzt; lebendig oder tot!“ rief er, drang mit seinen Knechten vor und griff zuerst an. Sein langer Arm führte einen fünf Ellen langen Speer. Er stieß ihn nach Ulrich und es wäre vielleicht um ihn geschehen gewesen, da er ihn in der Dunkelheit nicht gleich bemerkte, doch Hans kam ihm zuvor und indem der berühmte Doktor nachläufer nach der Brust seines Herrn stieß, war ihm die Art des Pfeifers tief in die Stirne gedrungen. Er fiel, so lange er war, mit Wehrtrill auf die Knechte zurück. Sie trübten, der Wauersmann schien ein schrecklicher Kämpfer, denn seine Art schwirrte immer nach in den Lichten, er bewegte sie wie eine Feder hin und her; sie zogen sich sogar einige Schritte zurück. Diesen Augenblick benützte Georg, rief dem Herzog den grünen Mantel ab, hing ihn sich selbst um und flüsterte ihm zu, sein Pferd zu spornen und sich über die Brüstung der Brücke hinauszutürzen, der Herzog warf einen Blick auf die hochgehenden Wellen des Neckars und hinauf zum Himmel. Es schien keine andere Rettung möglich, und er wollte lieber auf Leben und Tod den Sprung wagen, als seinen Feinden in die Hände fallen. Doch der Anblick, der sich ihm in diesem schrecklichen Moment darbot, zog ihn noch einmal zurück.

Die Knechte hatten die Speere dorgestreckt und drangen vor. Der Pfeifer stand noch immer, obgleich aus mehreren Wunden blutend, und schlug mit der Art über Speere nieder. Seine Augen blühten, seine kühnen Züge trugen den Ausdruck von freudiger Begeisterung, und das Lächeln, das um seinen Mund zog, war nicht das der Verzweiflung, nein, seine mutige Seele erbebte nicht vor dem nahenden Tod, er blickte ihm mit stolzer

Kreude entgegen, als sei er der Kampfpfeifer, um den er so viele Sorgen und Gefahren auf sich genommen habe. Noch einen schlug er mit seiner starken Rechten zu Boden, da stieß ihm einer der Knechte von der Seite her die Halberde in die Brust, in diese treue Brust, die noch im Tod ein Schild für den unglücklichen Fürsten war, dem nie ein treuzeres Herz geschlagen hatte. Er sank, er sank zusammen, er bestaute das brechende Auge auf seinen Herrn. „Der Herzog, wir sind quitt!“ rief er freudig aus und senkte sein Haupt zum Erdboden.

An ihm vorüber ging der Weg der Knechte, die mit Freudengetöse näher zutritten — da warf sich Georg von Sturmsferber in die Mitte, seine Klinge schwirrte in der Luft, und so oft sie niederfiel, zuckte einer der Feinde am Boden. Er war der letzte Schild des Herzogs Ulrich von Württemberg; fast dieser noch, so war Gefangenschaft oder Tod unvermeidlich. Daum wandte er sich zum letzten Mittel. Er warf noch einen trübsinnigen Blick auf die Reiche jenes Mannes, der seine Treue mit dem Tod besiegelt hatte. Dann rief er sein mächtiges Streitzuch auf, spornete es, daß es hoch aufbaumte, wandte es mit einem starken Druck rechts, und — in einem majestätischen Sprung setzte es über die Brüstung der Brücke und trat seinen fürstlichen Reiter hinab in die Wogen des Neckars.

Georg hielt inne mit Fecten, er sah dem Herzog nach, Hof und Reiter waren niedergelacht, doch das mächtige Tier kämpfte mit den Wirteln, schwamm, arbeitete sich heraus, und wie die beste Barke schwamm es mit dem Herzog den Strom hinab. Dies alles war das Werk weniger Augenblicke, einige der Knechte wollten hinabspringen ans Ufer, um sich des kühnen Reiters zu bemächtigen, doch einer, der Georg am nächsten war, rief ihnen zu: „Laßt ihn schwimmen, an dem ist nichts zu legen, das hier ist der grüne Vogel, das ist der grüne Mantel, den laßt uns fassen.“ Georg blickte dankbar auf zum Himmel! Er ließ sein Schwert sinken und ergab sich dem Wirteln. Sie schlossen einen Kreis um ihn und ließen es willig geschehen, daß er abstieg und zu der Reiche jenes Mannes trat, der ihnen so schrecklich erschienen war. Georg fohzte die Hand, welche noch immer die blutige Art festhielt. Sie war kalt. Er suchte, ob das treue Herz noch schlug, aber der tödliche Stoß der Lanze hatte es nur zu gut getroffen. Das Auge, das einst so kühn und mutig blickte, war geblieben, geschlossen der Mund, der auch in den trübsten Stunden einen umgebungen, frohen Sinn verkündete. Seine Züge waren erstarrt, aber noch schwebte um seine Lippen jenes Lächeln, das den letzten Gruß, den er seinem Herrn entbot, begleitet hatte. Georgs Tränen fielen auf ihn

Vertriebsabträge und Stillelegungen

Reite Kreise vor allem der Arbeiterchaft fordert in dem steigenden Maße staatliche Maßnahmen gegen die aus Billigkeit oder Eigennutz erfolgenden Vertriebsabträgen und den Verkauf deutscher Produktionsmittel ins Ausland.

Badischer Landtag.

gr. Kankstraße, 22. Dezember. 5. öffentliche Sitzung. Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 10.50 Uhr.

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens der Kommission über das Gesetz über die vorläufige Regelung des Staatsbankrotts, das die Weiterführung des Staatsbankrotts ermöglicht.

Zu 2. Lesung werden angenommen die Gesetze über das vereinfachte Enteignungsverfahren, über das Dienstverhältnis der Staatsbeamten, über die Besteuerung des Wandergewerbes, über die Verlängerung des Sperrgesetzes.

Aus dem 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag werden einzelne dringende Anforderungen vorweg behandelt.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über die dringenden Anforderungen des Arbeitsministeriums.

Abg. Weier-Heidelberg (Soz.) erklärt, daß die Abhängigkeit der Erwerbslosenunterstützung vom Wohlstand großer Dörfer für einzelne Städte mit sich bringt, so auch für Heidelberg.

Abg. Weier-Heidelberg (Soz.) erklärt, daß die Abhängigkeit der Erwerbslosenunterstützung vom Wohlstand großer Dörfer für einzelne Städte mit sich bringt, so auch für Heidelberg.

Der Antrag der Kommission auf Genehmigung der Mittel für die dringenden Anforderungen des Arbeitsministeriums, darunter auch die Mittel für die Rheinregulierung Sonderneim - Straßburg wird genehmigt.

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens der Kommission über dringende Anforderungen des Justizministeriums.

Der Kommissionsantrag wird genehmigt.

Für die Ärmsten unseres Volkes!

Von Richard Meier (Zwidau), M. d. R.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am 19. November eingehend mit der Notlage der Sozialrentner und der kleinen Privatrentner. Die Not besonders der inвалиden Arbeiter, der unter der allgemeinen Leuerung besonders bitter leidenden Alters-, Invaliden- und Unfallrentner, ist so groß, daß sie sich mit Worten nicht schildern läßt.

Weiteres eine Beihilfe gewährt wird. Diese Beihilfe — die monatlich im Voraus und auch den Empfängern gezahlt wird, die nur ein Bruchteil der Rente erhalten — wird am 1. Januar 1921 durch die Reichs-Vorläufe für die Zahlung der Beihilfe. Die beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente monatlich 40 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M.

Vertrag mit der Bad. Lokalbahn

Abg. Freundberg (Dem.) berichtet namens der Kommission über den Vertrag zwischen dem Lande Baden und dem Kreis Karlsruhe über die Aufrechterhaltung des Betriebes der Bahnen der Badischen Lokalbahn AG.

Abg. Schöppe (D.N.) meint, es wäre Sache der Regierung gewesen, die Bahn ganz zu übernehmen.

Finanzminister Köhler betont, daß der Vorschlag, einen vorläufigen Voranschlag von 5 Millionen Mark zu geben, beweist, daß die Regierung den Lauf der Dinge in die Hand nimmt.

Abg. Weier (Soz.): Der Grundfehler bei der Lokalbahn ist der, daß sie nicht gleich als staatliche Linie gebaut wurde.

Der Vertragstext über die Lokalbahn wird einstimmig im Sinne der Kommissionsanträge genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 18. Januar 1921. Tagesordnung: Fiedlungsgesetz, Antrag Warckhoff über die Neuverpachtung von Domänengrundstücken, Interpellationen über das Korffwerk Hinterzarten.

Im Eingang des Landtags befindet sich eine neue Petition der Arbeiter des Badischen Eisenwerks bei Weiler. Der Petition des Reichsvereins der Eisenarbeiter bei Weiler.

die Anstellungsverhältnisse zum Gerichtsschreiberdienst, des Verbandes der Hochschulen betr. die Notlage der Privatrentner; des Vereins der Zeitungsverleger betr. die Sonderbesteuerung der Anzeigen; des Vereins für Gesundheitspflege in Korbheim betr. Einführung einer Bier- oder Postkarte; der sozialdemokratischen Gemeindefraktion Schriesheim betr. Errichtung einer Kraftwagenlinie; weiterer Gemeinden betr. Errichtung von Armenhäusern; des badischen Gemeindevorstandes betr. die neue Gemeindeordnung und das Finanzgesetz; des Patientenvereins des Krankenhauses in Weier betr. das Anwaltsvereinsgesetz; zahlreiche Petitionen evangelischer Kirchengemeinden betr. den Gesetzentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder. Eine Petition des Pfarramts Wolmsingen betr. den Gottesdienst in der badischen Heil- und Pflegenanstalt bei Konstanz. Eine Petition der im badischen Gewerkschaftsdienst beschäftigten Diplomingenieure wünscht Erhöhung ihrer Bezüge.

Zum Ausbau des Verwaltungsgesetzes ist ein Antrag Dr. Glöckner (Dem.) eingebracht worden, der möglichst bald den Entwurf eines neuen Verwaltungsgesetzes vorgelegt wünscht, der durchaus in freierlichem Sinne gehalten an die seitigerer geschichtliche Entwicklung anzuknüpfen hat, dabei aber eine tunliche Angleichung an die Gesetzgebung anderer deutscher Länder von ähnlicher Größe wie Baden zu versuchen hat.

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. In Mannheim ist die erste Ortsgruppe der auf dem Weimarer Parteitag gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands ins Leben gerufen worden.

Neuven

Skizze von Ernst Freygang

Mit Ausnahme weniger Kaufen fand sie seit acht Uhr morgens hinter dem Ladentisch. Der tief vielmehr hinter ihm von einem Paß, von einem Paß zum anderen.

Jetzt, in der letzten Geschäftsstunde am Abend, lag sie düsterer Dunst vor den schmerzenden Augen; die Wimpern langten und flimmerten, und wie ein fester, eisener Keil lagte die glatte Glatze sich um Hinterkopf und Stirn, wenn der Bleistift die Rechnung der Kunden in fliegender Eile auf den Zettel warf, so bebten die Hände und glitten aus wie von fremder Macht besetzt.

Eine Käuferin nach der anderen betrat den Ladentisch, aber noch immer drängten neue herzu.

Es ging nicht mehr. Einen Augenblick mußte sie ruhen, nur einen kurzen, ganz kurzen Augenblick. Das durfte ja nicht sein. Aber sollte sie umfallen? Das war bei Verlust der Stellung erst recht verboten. So drehte sie mit einem Ruck dem Publikum den Rücken und flammerte sich an ein Regal, die weichen Augen in ein dunkles Tuch richtend. Das tat wohl. Nur die Beine gitterten noch heftiger als vorher.

Eine starke Dame drängte sich energisch an den Ladentisch. Gleich darauf hörte man ihre scharfe entrüstete Stimme: „Nun, Fräulein, wollen Sie nicht so lebensmüde sein? Nehst siehe ich schon eine Viertelstunde hier und das Fräulein wird ein schlafen, laß ich.“ Sie wartete ein weildes und kehrte sich zum Publikum: „Aber das ist ja unerhörte!“

Sie, Fräulein Libius! Eine ältere Kollegin tust die der Träumenden im Vorübergehen den Arm: „Keine Müdigkeit vorläufig!“

Die Ermahnung drehte sich wie eine Holzgruppe um und näherte sich aufs Geratewohl einer wartenden Käuferin: „Sie wünsch?“

„Wie?“ Die scharfe Stimme meldete sich wieder: „Sie kommen noch nicht zu mir? Aber — ist denn das glaublich? Das sieht ja aus wie Asch, wie —“

„Einen Augenblick, meine Dame.“ Fräulein Libius sagte es ganz gewohnheitsmäßig, ohne dabei zu denken. Sie hatte nur gehört, daß da irgendwo jemand ratiionierte. Das kam alle Tage vor. Deshalb regte sich niemand auf.

Zwei Minuten ging alles seinen ruhigen Gang, dann war die scharfe Stimme wieder da: „Aha, hören Sie mal: die Augenblicke scheinen bei Ihnen eine ganz besondere Länge zu haben.“ Sie jappelte sich mit einem dufftenden Taschentuche das Gesicht.

„Inzwischen kann man umkommen hier.“ Ihre Augen verfolgten fortwährend die automatisch bedienende Verkäuferin und immer wilder wurden die Blicke. Schon pultete sie vor Erregung und Atemnot: „Ich halte nicht mehr aus! In dieser entsetzlichen Atmosphäre! Ach Gott! Sie hielt die Hand vor die Augen: „Ich glaube, ich werde schwarz.“

„Schwarz.“ Jemand ein Blickwort sagte es: „Mit die Taille!“

Die starke Dame warf flammende Blicke ins Publikum: „Was erlauben Sie sich! Sichen Sie hier erst mal eine halbe Stunde!“

„Bei Ihnen“, meldete sich wieder der Blickwort, „scheiden die Stunden nie ganz besonders kurze zu haben. Nach der Normaluhr stehen Sie höchstens fünf Minuten da. Erst kommen noch andere Leute ran.“

„Aha“, sagte eine zweite Dame, „es ist aber wirklich stark mit dem Barren hier. Ich kriege auch bald Wadenkrämpfe.“

Und eine dritte entrüstete sich: „Sehen Sie bloß, wie die Mädchen bummeln! Die müssen wohl glauben, unsrerer hätte keine Kercon. Namentlich die Blonde da. Die scheint furchtbar viel Zeit zu haben.“

Fräulein Libius ging wirklich langsam, tastend wie eine Schlafwandlerin. Entschieden des blonden Haars hingen unordentlich an den Schläfen herab. Sie merkte es nicht und fertigte in völliger Empfindungslosigkeit eine Kundin nach der anderen ab.

„Aha“, schrie plötzlich die starke Dame, „ich kriege schon wieder einen Herzkrampf!“ Sie presste beide Hände auf die Brust und leuchtete: „Wenn man sich wenigstens sehen könnte! Ich bin ja schon über eine Stunde unterwegs!“

Ein Saalbediener brachte einen Stuhl und ein Glas Wasser. Das schien Wunder zu tun, denn plötzlich rief sie: „Ich müßte den Inspektor zu sprechen! Ich beschwere mich! Das ist ja die gemeinste Niedertracht von dem Mädchen da! Sie geht fortwährend absichtlich an mir vorbei! Ich laß mir das nicht gefallen!“ Zum Saalbediener: „Hören Sie, den Inspektor!“

Gleich darauf leuchtete sich die blonde Verkäuferin über den Ladentisch: „Was steht zu Diensten, gnädige Frau?“

„Jetzt warten Sie“, schrie diese und fächelte sich das glühende Gesicht. „Was denken Sie sich denn, wer ich bin? Glauben Sie, ich laße mich frantmaden hier?“

„Bitte.“ Fräulein Libius fragte bereits eine andere Käuferin, es war ihr alles ungebener gleichgültig. Nur schlafen, wenn man jetzt schlafen könnte! Im Sitzen, im Stehen — ganz gleich! Nur sich nicht bewegen müssen; Und in Gedanken daran mußte sie furchtbar gähnen. Ganz ungeniert tat sie's.

„Verschließen Sie mich nicht mit einem Haß“, bemerkte gutmütig der Blickwort, der offenbar zu den wenigen Leuten gehörte, die nie die Geduld und gute Laune verlieren. „Sie sind wohl sehr müde?“

„Krankheit.“ Sie gähnte noch einmal.

„Fräulein Libius!“ Der Inspektor sagte es strahlenden Tones; der hatte die Grimasse gesehen.

„Herr Inspektor!“ Die starke Dame rief. „Ich beschwere mich!“

„Worüber?“

„Ich werde hier en canaille behandelt! Ich bin die Regierungsrätin von Döberstein, ich warte schon über eine halbe Stunde. Die Verkäuferin, die blonde da, übergeht mich — offenbar mit Absicht! Ich bin schon halb tot vor Aufregung! Meine Nerven sind in einem Zustand! Ich glaube ich werde krank!“

„Ich werde die Angelegenheit untersuchen, gnädige Frau! Ich bitte Sie, die ungeresselte Abfertigung mit dem außerordentlichen Anhang zu entschuldigen. Unsere Damen sind aufs äußerste in Anspruch genommen!“

„Wie, Sie entschuldigen diese Infamie nach?“

„Keineswegs. — Fräulein Libius, bedienen Sie diese Dame.“

„Bitte.“ Die Verkäuferin rief die Augen weit auf und bemühte sich nicht, nicht freudig zu erwidern. „Was steht zu Diensten, gnädige Frau?“

„Aha, riefte! Ich bin außerstande jetzt! Ich weiß im Moment nicht — ich, ja, sehen Sie denn nicht, daß ich am ganzen Leibe zittere, Herr Inspektor? Es ist unerhörte, was Sie den Kaufleuten für Strapazen zumuten! Lassen Sie mir, bitte, sofort eine Droschke besorgen, ich fahre sofort zu meinem Arzt! Ich muß vorher wieder drei Tage das Bett hüten!“ Ein betangewinnter Saalbediener geleitete sie hinaus.

„Was war denn los, Fräulein Libius?“ fragte der Inspektor.

„Fräulein Libius! Träumen Sie? Ich muß Sie dringend bitten, etwas aufwacher zu sein und Rücksicht auf die Nerven der Damen zu nehmen!“ Er ging.

„Aha, habe auch Nerven!“ murmelte die Verkäuferin trotzig. Sie hätte es gern laut geäußert, aber die Kraft fehlte. Nur die ältere Kollegin hatte es gehört. „Nerven?“ sagte sie? „So etwas gewöhnen Sie sich man ab, Kleine. Die sind nicht erlaubt hier. Am Dezember schon garnicht.“ Die elektrische Glocke läutete schrill den Geschäftsschluß. Es tönten als gerriffe der starke Ton den trübten, heißen, schmerzenden Dunst vor den Augen der Verkäuferinnen. Sie leuchteten auf. Noch einmal kam Leben in die letzten Gliedmaßen; noch ein Lauf, der letzte! Der letzte für heute.

Badische Politik

Der regiert in der Kammerstraße?

Die Badische Schulzeitung, das amtliche Vereinsorgan des Bad. Lehrervereins, bringt in ihrer Nr. 51 vom 18. Dezember einen Artikel, der verdient, der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Es ist ein Bericht des Bezirkslehrervereins Heberlingen an das Vereinsblatt, in dem die Art einer Stellenbesetzung von Heberlingen geschildert wird. Der Artikel lautet:

„Im Jahre 1918 starb in Heberlingen der Rektor der Volksschule. Man wartete von Tag zu Tag auf das Ausschreiben der offenen Hauptlehrerstelle. Jedoch anstatt des Ausschreibens der Stelle erschien eines Tages im Verordnungsblatt die Dienstnachricht, daß die freie Hauptlehrerstelle einer am Orte selbst angestellten Unterlehrerin — einer öffentlich auftretenden Parteigängerin des Zentrums und Vorstandsdame einiger vom Zentrum begünstigten Vereine — übertragen worden sei.

Die örtliche Schulkommission hatte den Antrag gestellt, ohne Ausschreiben der Stelle die besagte Lehrerin zur Hauptlehrerin zu machen, und das Ministerium hatte diesem Antrag stattgegeben. So geschah im Jahre 1919.

Im Jahre 1920 verlobte sich die nunmehrige Hauptlehrerin mit einem auswärts angestellten Unterlehrer. Nach jedermanns Annahme mußte nun — nach der Heirat des jungen Paares — in Heberlingen wieder eine Stelle frei und dadurch den früheren Bewerber Gelegenheit geboten werden, sich um die vielbegehrte Stelle zu bemühen. Eine ganze Reihe von Ausschreibungen an hiesige Kollegen legte Zeugnis davon ab, daß für die Stelle ein sehr großes Interesse in auswärtigen Lehrerkreisen vorhanden war. Da erklärte die Braut-Hauptlehrerin, sie trete nur dann aus dem badischen Schuldienst aus, wenn an ihre bisherige Stelle ihr Bräutigam, der seitherige Unterlehrer, als Hauptlehrer eingesetzt würde. Dank ihrer guten Beziehungen zu Gemeinderat und Schulkommission, welche beide Körperschaften in überwiegender Mehrheit aus Mitgliedern des Zentrums zusammengesetzt sind, beschloß die Majorität der Kommission, für diesen Wunsch der Hauptlehrerin beim Ministerium einzutreten. Der Lehrervertreter in der Kommission legte — entgegen der Stellungnahme des derzeitigen Rektors, der mit im Bunde der Kommission war — in der betr. Sitzung den Standpunkt des Kollegiums dar, welcher besagt, daß die Lehrer mit dieser Art der Stellenbesetzung durchaus nicht einverstanden seien. Der regelrechte Weg sei der des Ausschreibens, damit der badische Gesamtlehrerkreis Gelegenheit geboten würde, sich um die freie Stelle zu bewerben. Und frei müsse die Stelle werden, da selbstverständlich nach der Hochzeit Mann und Frau nicht auf die Dauer an verschiedenen Orten wohnen und amten würden. Der Antrag, die Stelle auszuschreiben, wurde mit allen gegen zwei Stimmen — die Stimme des Lehrervertreeters und eines demokratischen Nichtlehrers — abgelehnt und in obigem Sinne an das Ministerium berichtet. Nunmehr legte das Lehrerkollegium, dem sich nun merkwürdigerweise der Rektor anschloß, in einer direkten Zuschrift an das Ministerium nochmals sein Bedenken gegen die geplante und seine Gründe für die vorgeschlagene Art der Stellenbesetzung nieder. Ausdrücklich wurde wiederholt betont, daß die in Frage kommenden Personen völlig untauglich seien, daß lediglich der Modus es sei, der von den Lehrern verurteilt werden müsse. Die Antwort des Ministeriums lautete: Die vorgedachten Gründe seien hinlänglich; das Ministerium habe jederzeit das Recht, Hauptlehrerstellen auf Vorschlag örtlicher Schulkommissionen ohne Ausschreiben zu besetzen. Hebrigen sei die Zuweisung eines ledigen Lehrers der großen Wohnungsnöte wegen und diejenige eines jüngeren im Interesse der Schule selbst geboten, da kein Heberlinger Hauptlehrer jünger sei als 40 Jahre. — Das Ende vom Liede war, daß — die Hochzeit hatte inzwischen stattgefunden — die Frau Unterlehrerin auf 15. Okt. d. J. aus dem Schuldienst austrat und ihre bisherige Stelle ihrem auf den gleichen Termin zum Hauptlehrer ernannten Gemahl übertrug wurde.

Vergleicht man mit diesen beiden Besetzungen, die sich im ganzen Lande mehrenden Fälle, bei denen alle und jede, nur ja keine dienstlichen Gründe auszulagern sind, daß es Zeit, höchste Zeit ist, mit dieser Art der Stellenbesetzung endlich einmal zu brechen. Denn so, wie die Zustände jetzt liegen, zwingen sie die Lehrerschaft, insbesondere den jüngeren, noch nicht planmäßig angestellten Teil derselben, geradezu zu Intemationaler Charakterlosigkeit. Und daß dies naturgemäß letzten Endes bei der heranwachsenden Jugend, diesen zur Wiederaufrichtung unseres darniederliegenden Vaterlandes berufene Teil unseres Volkes, eine verheerende Wirkung zeitigen muß, bedarf bei keinem einsichtigen, um das Wohl der kommenden Generation besorgten Menschen eines weiteren Beweises.“

Wir finden es sehr begreiflich, wenn die Lehrerschaft gegen diese Art Stellenbesetzung, die bedenklich nach Korruption aussieht, Protest erhebt und sich zur Wehre setzt. Sie ist ja man-

cherlei gewohnt an „Liebevoller“ Behandlung aus der Kammerstraße in Karlsruhe, aber was sich die maßgeblichen Herrschaften in dieser Heberlinger Sache geleistet haben, ist doch ein Skandal, das demnach Aufsehen erregen dürfte. Vertrauen ist ja allerdings keines mehr zu verlieren; wenn noch ein Rest von solchem in die Geheimratswirtschaft des badischen Schulregiments vorhanden gewesen wäre, durch diese offensichtlich Bräutigamierung der Lehrerschaft wäre es zweifellos verloren gegangen.

Die Notlage der pensionierten Hofmusikler. Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben:

Unter den Eingängen der Bittgesuche an den Badischen Landtag las ich jüngst eine solche früherer Mitglieder des Hoforchesters in Karlsruhe. Zufällig hatte ich Gelegenheit neulich mit einem dieser Männer zusammenzukommen und erfuhr folgendes: Der Betreffende war 25 Jahre lang Mitglied des Großh. Hoforchesters. Als solches mußte er jährlich mehrere hundert Mark in die Pensionkasse von seinem Gehalt einbezahlen. Und das Gehalt betrug damals schon eine sehr kleine Summe. Während des Krieges wurde er pensioniert. Heute nun bezieht er mit seiner übrigen ebenfalls nicht geringen Frau, eine „Pension“ von sage und schreibe 207 Mark — zweihundertfieben Mark — monatlich einschließlich Teuerungszulage! Davon sollen Mann und Frau in der heutigen Zeit leben! Es ist unnötig, dem noch weitere Worte zuzufügen; wenn irgendetwas Jähren predigen, dann tun sie es hier mit aller Deutlichkeit. Der ehemalige Großherzog hat neulich eine ziemlich hohe Summe Geldes für neue Glocken in Freiburg gestiftet; es wäre ärztlicher gewesen, er hätte das Geld seinen verhungerten „Hofmusiklern“ gegeben. Hoffentlich kann der Landtag dieser Not wenigstens in etwas steuern!

Aus der Beamtenbewegung

Aus dem Kreise der Karlsruher Beamten wird uns zur Beamtenbewegung die folgende Zuschrift zugesandt, die wir wiedergeben, um auch Beamte zu Worte kommen zu lassen.

In mehreren Zeitungen erscheinen zurzeit zum Teil größere Artikel über die Beamtenbewegung. Die Folgen der weit unzureichenden Gehälter und der ungerechten Einreihung in die Besoldungsgruppen und hauptsächlich des undemokratisch festgesetzten Teuerungszulages treten täglich mehr zutage. Eine derartige Beamtenbewegung hat man bisher nicht gekannt. Sie trifft sich aber aus, wie sich die Krise der Revolution ergeben hat. Die Notlage in der Besoldung, die die Regierung zwar erkennt, aber zögert, sie zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, wird den Beamten in den letzten Jahren immer gegen ein feindlich gegenüber. Die eiserne Mauer zu beseitigen, gelang den unteren Beamten trotz großer Mühe nicht. Der Wunsch auf Kostentragung vom Beamtenbund ist im Herzen der unteren Beamten so festnagelnd, daß der Tag der Trennung feierlich begrüßt werden würde. Der Beamte lehnt sich nach einer Organisations auf gewerkschaftlicher Grundlage, die als notwendig erachtet wird. Es bedarf nur des Auftretens einiger Organisations- und finanzieller Unterstützung. Um das nötige Schwergewicht zu erlangen, bleibt die Frage der Anlehnung an die Ortsratsstelle noch zu erörtern.

Es dürfte der Regierung wohl klar sein, daß, wenn die bitteren Notrufe der Beamten keinerlei Gehör finden, als letztes Mittel nur der Streik in Frage kommen würde. Selbst Einschüchterungen durch die Zeitungen, wie das Beamtenverhältnis ist ein Freiheitsverhältnis, oder dem Beamten sei das Recht verweigert, seinem Amt willkürlich fern zu bleiben und daß dies die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Folge haben könne, wird die Beamten davon nicht abhalten können. Man wird uns das Recht wohl nicht bestreiten, das uns die Tage des 8. und 9. November 1918 gebracht haben. Wir haben den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet und wollen ihn treu sein; wo es sich aber um die Lebensinteressen und Existenzmöglichkeit handelt, ist uns das Recht, nämlich das Streikrecht, ebenso gegeben, wie dem übrigen Teil unserer Mitmenschen aus dem Privatbereich. Es ist aber an der Zeit, daß wir Beamten uns das Streikrecht sicher stellen und allen Zweifel hierüber beseitigen.

Zur letzten Versammlung am 27. November 1920 waren Abgeordnete aller Parteien eingeladen. Der Einladung folgten ein Vertreter des Zentrums, ein solcher der demokratischen und deutschnationalen Partei. Unangenehm war es für sozial denkende Beamten, daß nicht auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei zugegen war, da doch gerade diese Partei in letzter Zeit durchsichtigen Fleiß, daß dieselbe nicht nur der Handarbeiter, sondern auch der Geistesarbeiter bedürfe.

Wir alle hoffen, daß uns die Volksvertreter im Reichstag aus der so bedrückenden Notlage befreien, denn die Lage ist wirklich beängstigend. Hat doch mancher untere Beamte ein Einkommen von sage und schreibe 300 bis 500 M monatlich, ein sich etwas besser stellender 500 bis 700 M. Unter den heutigen Verhältnissen mit solchen Mitteln auszukommen, ist unmöglich. Die Mehrausgaben wären durch Steuern zu decken, die den Bauern anferlegt werden müssen, damit denen ihr Geld aus dem Spieß nicht mehr verdrängt bzw. gestohlen wird. Der Bauer zahlt noch nicht einmal 10 M Steuer bis ein Beamter 1000 M zahlt.

Auch durch Einseitigkeit des Großgrundbesitzes und Einbringung des Reichsnotpapiers was endlich mal der Durchführung bedarf, können die Mehrausgaben gedeckt werden. Wenn die Regierung uns für billiger Lebensweise sorgt, wollen wir keine weiteren Forderungen stellen. Dies erscheint jedoch ausgesprochen, denn für das Brot ist bereits ein hundertprozentiger Aufschlag festgelegt. Wir haben bis jetzt ein Referat in der Regierungsweise der bürgerlichen Mehrheit gegenüber der vorhergehenden Regierung noch wenig verstanden können. Das wir fordern ist ein einheitlicher Teuerungszulage für alle Beamtenklassen von mindestens 8000 M unter Wegfall des 50prozentigen Teuerungszulages und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1920, sowie rasche finanzielle Hilfe.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

„Der Verkehrsboten“, „Vollständiger Kalender für das gesamte Verkehrspersonal“, bietet auch in diesem Jahre soviel Lebenswertes, daß dieser Kalender für das Jahr 1921 (Erstausgabe bei der Braunfels Buchdruckerei, Karlsruhe, Preis 3 M.) ebenso wie sein Vorgänger bei allen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Verkehrsweises zu finden sein wird. Dem regulären Kalender mit praktischen Notizen schließt sich ein Jahresrückblick an, der nach einer historischen Darstellung der „Eisenbahnarbeiten“ von Oberbahnchef-Vorsteher Bruno Martin reizende Erzählungen von H. G. Haedler, Ferdinand Madlinger, Hermann Stenz, Hermann Sadel folgen. Gut aufgemacht ist die Betrachtung im Jahre 2210 über „Der Eisenbahnkassierer und Staatsarbeiter im Ortsteilhaus“ von Walter Bernikel, der sich neue Anekdoten anschließt. Wertvoll dürfte den Lesern der Auszug aus der Reichsverfassung sein; ebenso wie auch der Staatsvertrag über die Vereinfachung der Bahnen, die Darstellung der Reichsbesoldungsordnung und des Reichslohntarifs usw. willkommen sein dürfte. Erwähnt mag noch werden, daß Gedächtnis, wissenschaftliche Mitteilungen das Ganze umrahmen, so daß der Kalender seinen Zweck voll und erfüllt.

Unter Gnomen und Trollen im nordischen Märchenwald. Band 2. Aus dem Schwedischen überetzt von Lotte Saedede, mit 8 farbigen und 8 schwarzweißen Holzschnitten von Hans Joachim Lau. Ladenpreis 15 M., ohne farbige Bilder 12 M. Franz Schneider Verlag, Berlin Schönberg.

Der erste Band schwedischer Kunstmärchen, die Lotte Saedede unter dem Titel „Unter Gnomen und Trollen“ überetzt, hat sich sehr schnell einen großen Freundeskreis erworben; der zweite noch reicher ausgestattete Band wird es ihm noch zuvertrauen. Auch in ihm weht der eigenartig gefangenkommene Zauber nordischer, poetischer Märchen, die die Natur bevölkert mit all den heiden und unholden Wesen, die das Leben der Menschen im unsichtbaren, geheimnisvollen Reigen umgeben. Alle 8 Märchen sind Schöpfungen von Dichtern, deren Namen auch in Deutschland einen guten Klang haben: Anna Wahlenberg, Helene Nyblom, Jeanne Oerstedt, Alfred Smedberg und Wilhelm Nordén. Das Buch wird Kinder von 10—14 Jahren fesseln und tief ergreifen; es ist literarisch und künstlerisch von hohem Wert und in seiner buchtechnischen Ausstattung geht es an die äußerste Grenze dessen, was für den festgelegten Preis heute zu leisten ist.

fahrt morgens von Durlach 7.28, die Sportgenossen von Karlsruhe schließen sich in Karlsruhe an. Sport wie besprochen. Klasse B: Unterwiesheim — Hohenmettersbach in Unterwiesheim. Eggenstein — Bruchsal in Eggenstein. Bretten — Rüppurr in Bretten. Amittlingen Scheibet aus der Runde aus. Gärtners, Bezirksspielleiter.

Gemeindepolitik

Die Kartoffelversorgung der Städte und städtischer Grundbesitzer. Wie schlecht die Versorgung der minderbemittelten städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln im Spätherbst vor sich ging, ist allbekannt und wird durch die Aufrufe an die Landwirte in ein immer trüberes Licht gerückt. Ein Notkreuz zur Ablieferung der überschüssigen Kartoffeln löst den andern ab. So läßt es auch jetzt wieder hinaus ins Land: Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Aber wird es etwas nützen, dieses Bitten und Beteln, Wir glauben kaum. Tagtäglich befinden sich ärmere Leute auf der Suche nach Kartoffeln und sie müssen meist froh sein, wenn sie nur den täglichen Bedarf zusammenbringen. Nun haben bekanntlich viele Städte einen reichen Grundbesitz, oft so viel, daß die eine oder andere Stadt wohl in der Lage wäre, den eigenen Bedarf an Kartoffeln aus eigenem Vobehauswirtschaften. Dieser städtische Grundbesitz wird nun fast ausschließlich als Düngemittel an die Bürger abgegeben, von denen jedoch nur wenige die Selbstbewirtschaftung führen; sie geben die sogenannten „Kartoffeln“ an die Landwirte der benachbarten Orte in Pacht, welche ihrerseits die Anpflanzung nach eigenem Gutdünken vornehmen. Das muß in Zukunft anders werden. Hier haben die Städte darauf zu sehen, daß der eigene Grund und Boden mit den notwendigen Lebensmitteln wie Kartoffeln und Getreide angebaut wird. Auf keinen Fall darf bei der gegenwärtigen Notlage eine Stadt es zulassen, daß auf den in Pacht gegebenen Almenbürgern Kartoffeln oder Tabak angebaut werden. Auf Almenbürgern z. B. der Stadt Achern kann man diese Maßnahmen machen und so wie dort wird auch anderwärts gewirksam werden. Eine Kontrolle hierüber ließe sich sehr leicht durchführen insofern, als den genutzberechtigten Bürgern zur Auflage gemacht würde, über den Anbau der Lese — ob mit Getreide, Kartoffeln usw. — auf dem Bürgermeisterrat Meldung zu machen. Hierzu muß die Regierung den betr. Städten den Weg ebnen und selbst mit feier Hand zugreifen. Auch unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher müssen dieser Art Bodenpolitik ihre Aufmerksamkeit schenken.

Aus der Beamtenbewegung

Aus dem Kreise der Karlsruher Beamten wird uns zur Beamtenbewegung die folgende Zuschrift zugesandt, die wir wiedergeben, um auch Beamte zu Worte kommen zu lassen.

In mehreren Zeitungen erscheinen zurzeit zum Teil größere Artikel über die Beamtenbewegung. Die Folgen der weit unzureichenden Gehälter und der ungerechten Einreihung in die Besoldungsgruppen und hauptsächlich des undemokratisch festgesetzten Teuerungszulages treten täglich mehr zutage. Eine derartige Beamtenbewegung hat man bisher nicht gekannt. Sie trifft sich aber aus, wie sich die Krise der Revolution ergeben hat. Die Notlage in der Besoldung, die die Regierung zwar erkennt, aber zögert, sie zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, wird den Beamten in den letzten Jahren immer gegen ein feindlich gegenüber. Die eiserne Mauer zu beseitigen, gelang den unteren Beamten trotz großer Mühe nicht. Der Wunsch auf Kostentragung vom Beamtenbund ist im Herzen der unteren Beamten so festnagelnd, daß der Tag der Trennung feierlich begrüßt werden würde. Der Beamte lehnt sich nach einer Organisations auf gewerkschaftlicher Grundlage, die als notwendig erachtet wird. Es bedarf nur des Auftretens einiger Organisations- und finanzieller Unterstützung. Um das nötige Schwergewicht zu erlangen, bleibt die Frage der Anlehnung an die Ortsratsstelle noch zu erörtern.

Es dürfte der Regierung wohl klar sein, daß, wenn die bitteren Notrufe der Beamten keinerlei Gehör finden, als letztes Mittel nur der Streik in Frage kommen würde. Selbst Einschüchterungen durch die Zeitungen, wie das Beamtenverhältnis ist ein Freiheitsverhältnis, oder dem Beamten sei das Recht verweigert, seinem Amt willkürlich fern zu bleiben und daß dies die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Folge haben könne, wird die Beamten davon nicht abhalten können. Man wird uns das Recht wohl nicht bestreiten, das uns die Tage des 8. und 9. November 1918 gebracht haben. Wir haben den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet und wollen ihn treu sein; wo es sich aber um die Lebensinteressen und Existenzmöglichkeit handelt, ist uns das Recht, nämlich das Streikrecht, ebenso gegeben, wie dem übrigen Teil unserer Mitmenschen aus dem Privatbereich. Es ist aber an der Zeit, daß wir Beamten uns das Streikrecht sicher stellen und allen Zweifel hierüber beseitigen.

Zur letzten Versammlung am 27. November 1920 waren Abgeordnete aller Parteien eingeladen. Der Einladung folgten ein Vertreter des Zentrums, ein solcher der demokratischen und deutschnationalen Partei. Unangenehm war es für sozial denkende Beamten, daß nicht auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei zugegen war, da doch gerade diese Partei in letzter Zeit durchsichtigen Fleiß, daß dieselbe nicht nur der Handarbeiter, sondern auch der Geistesarbeiter bedürfe.

Wir alle hoffen, daß uns die Volksvertreter im Reichstag aus der so bedrückenden Notlage befreien, denn die Lage ist wirklich beängstigend. Hat doch mancher untere Beamte ein Einkommen von sage und schreibe 300 bis 500 M monatlich, ein sich etwas besser stellender 500 bis 700 M. Unter den heutigen Verhältnissen mit solchen Mitteln auszukommen, ist unmöglich. Die Mehrausgaben wären durch Steuern zu decken, die den Bauern anferlegt werden müssen, damit denen ihr Geld aus dem Spieß nicht mehr verdrängt bzw. gestohlen wird. Der Bauer zahlt noch nicht einmal 10 M Steuer bis ein Beamter 1000 M zahlt.

Auch durch Einseitigkeit des Großgrundbesitzes und Einbringung des Reichsnotpapiers was endlich mal der Durchführung bedarf, können die Mehrausgaben gedeckt werden. Wenn die Regierung uns für billiger Lebensweise sorgt, wollen wir keine weiteren Forderungen stellen. Dies erscheint jedoch ausgesprochen, denn für das Brot ist bereits ein hundertprozentiger Aufschlag festgelegt. Wir haben bis jetzt ein Referat in der Regierungsweise der bürgerlichen Mehrheit gegenüber der vorhergehenden Regierung noch wenig verstanden können. Das wir fordern ist ein einheitlicher Teuerungszulage für alle Beamtenklassen von mindestens 8000 M unter Wegfall des 50prozentigen Teuerungszulages und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1920, sowie rasche finanzielle Hilfe.

Bewerkschaftliches

Erhöhung des Grundlohnes der Buchdrucker im Rhein- und Biental. Die Buchdrucker des Rhein- und Bientals haben nach Ablauf ihrer Kündigungsfrist eine in ökonomischer Erhöhung des Grundlohnes um 10 bis 20 M durchgedrückt. Dabei wurden die neuen Grenzverhältnisse berücksichtigt.

Jugend und Sport

Wettspiel der A-Mannschaften 1. Bezirk gegen 3. Bezirk in Achern

Am Sonntag, 28. Dez., findet in Achern das Wettspiel der Bezirksmannschaften der A-Klasse vom 1. und 3. Bezirk statt. Vom 3. Bezirk nehmen Spieler aus folgenden Orten teil: Dagsfeld, Forstheim, Aue, Singen, Karlsruhe (Freie Turnerschaft und Arbeiterporzellan), sowie Stein; vom 1. Bezirk: Offenburg, Achern, Emmendingen, Lahr und Reibitz — Ab-

Wieder ins Juchthaus. Der Schriftsteller Max Josef Berger aus Hünzler, der eine lange Straffrist bestritten und insbesondere aus wegen Heiratsschwandels bereits verurteilt ist, erzählte einem Hotelportier, er vermisse etwas und hat den Portier danach zu suchen. In diesem Zwecke erklärte sich Berger bereit, bei dem Handwagen des Hotelangehörigen zu bleiben. Als dieser sich dann entfernt hatte, schaffte Berger den Wagen auf dem sich auch Verhaftete aus Forstheim im Werte von 450.000 M befanden, auf die Seite. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände konnte wieder beigebracht werden. Nummer 11 durch Berger ein Schaden von 40.000 M entstanden. Wegen Diebstahls wurde er zu 4 Jahren Zuchthaus, abzüglich 7 Wochen Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gemeindepolitik

Die Kartoffelversorgung der Städte und städtischer Grundbesitzer. Wie schlecht die Versorgung der minderbemittelten städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln im Spätherbst vor sich ging, ist allbekannt und wird durch die Aufrufe an die Landwirte in ein immer trüberes Licht gerückt. Ein Notkreuz zur Ablieferung der überschüssigen Kartoffeln löst den andern ab. So läßt es auch jetzt wieder hinaus ins Land: Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Aber wird es etwas nützen, dieses Bitten und Beteln, Wir glauben kaum. Tagtäglich befinden sich ärmere Leute auf der Suche nach Kartoffeln und sie müssen meist froh sein, wenn sie nur den täglichen Bedarf zusammenbringen. Nun haben bekanntlich viele Städte einen reichen Grundbesitz, oft so viel, daß die eine oder andere Stadt wohl in der Lage wäre, den eigenen Bedarf an Kartoffeln aus eigenem Vobehauswirtschaften. Dieser städtische Grundbesitz wird nun fast ausschließlich als Düngemittel an die Bürger abgegeben, von denen jedoch nur wenige die Selbstbewirtschaftung führen; sie geben die sogenannten „Kartoffeln“ an die Landwirte der benachbarten Orte in Pacht, welche ihrerseits die Anpflanzung nach eigenem Gutdünken vornehmen. Das muß in Zukunft anders werden. Hier haben die Städte darauf zu sehen, daß der eigene Grund und Boden mit den notwendigen Lebensmitteln wie Kartoffeln und Getreide angebaut wird. Auf keinen Fall darf bei der gegenwärtigen Notlage eine Stadt es zulassen, daß auf den in Pacht gegebenen Almenbürgern Kartoffeln oder Tabak angebaut werden. Auf Almenbürgern z. B. der Stadt Achern kann man diese Maßnahmen machen und so wie dort wird auch anderwärts gewirksam werden. Eine Kontrolle hierüber ließe sich sehr leicht durchführen insofern, als den genutzberechtigten Bürgern zur Auflage gemacht würde, über den Anbau der Lese — ob mit Getreide, Kartoffeln usw. — auf dem Bürgermeisterrat Meldung zu machen. Hierzu muß die Regierung den betr. Städten den Weg ebnen und selbst mit feier Hand zugreifen. Auch unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher müssen dieser Art Bodenpolitik ihre Aufmerksamkeit schenken.

Aus der Beamtenbewegung

Aus dem Kreise der Karlsruher Beamten wird uns zur Beamtenbewegung die folgende Zuschrift zugesandt, die wir wiedergeben, um auch Beamte zu Worte kommen zu lassen.

In mehreren Zeitungen erscheinen zurzeit zum Teil größere Artikel über die Beamtenbewegung. Die Folgen der weit unzureichenden Gehälter und der ungerechten Einreihung in die Besoldungsgruppen und hauptsächlich des undemokratisch festgesetzten Teuerungszulages treten täglich mehr zutage. Eine derartige Beamtenbewegung hat man bisher nicht gekannt. Sie trifft sich aber aus, wie sich die Krise der Revolution ergeben hat. Die Notlage in der Besoldung, die die Regierung zwar erkennt, aber zögert, sie zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, wird den Beamten in den letzten Jahren immer gegen ein feindlich gegenüber. Die eiserne Mauer zu beseitigen, gelang den unteren Beamten trotz großer Mühe nicht. Der Wunsch auf Kostentragung vom Beamtenbund ist im Herzen der unteren Beamten so festnagelnd, daß der Tag der Trennung feierlich begrüßt werden würde. Der Beamte lehnt sich nach einer Organisations auf gewerkschaftlicher Grundlage, die als notwendig erachtet wird. Es bedarf nur des Auftretens einiger Organisations- und finanzieller Unterstützung. Um das nötige Schwergewicht zu erlangen, bleibt die Frage der Anlehnung an die Ortsratsstelle noch zu erörtern.

Es dürfte der Regierung wohl klar sein, daß, wenn die bitteren Notrufe der Beamten keinerlei Gehör finden, als letztes Mittel nur der Streik in Frage kommen würde. Selbst Einschüchterungen durch die Zeitungen, wie das Beamtenverhältnis ist ein Freiheitsverhältnis, oder dem Beamten sei das Recht verweigert, seinem Amt willkürlich fern zu bleiben und daß dies die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Folge haben könne, wird die Beamten davon nicht abhalten können. Man wird uns das Recht wohl nicht bestreiten, das uns die Tage des 8. und 9. November 1918 gebracht haben. Wir haben den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet und wollen ihn treu sein; wo es sich aber um die Lebensinteressen und Existenzmöglichkeit handelt, ist uns das Recht, nämlich das Streikrecht, ebenso gegeben, wie dem übrigen Teil unserer Mitmenschen aus dem Privatbereich. Es ist aber an der Zeit, daß wir Beamten uns das Streikrecht sicher stellen und allen Zweifel hierüber beseitigen.

Zur letzten Versammlung am 27. November 1920 waren Abgeordnete aller Parteien eingeladen. Der Einladung folgten ein Vertreter des Zentrums, ein solcher der demokratischen und deutschnationalen Partei. Unangenehm war es für sozial denkende Beamten, daß nicht auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei zugegen war, da doch gerade diese Partei in letzter Zeit durchsichtigen Fleiß, daß dieselbe nicht nur der Handarbeiter, sondern auch der Geistesarbeiter bedürfe.

Wir alle hoffen, daß uns die Volksvertreter im Reichstag aus der so bedrückenden Notlage befreien, denn die Lage ist wirklich beängstigend. Hat doch mancher untere Beamte ein Einkommen von sage und schreibe 300 bis 500 M monatlich, ein sich etwas besser stellender 500 bis 700 M. Unter den heutigen Verhältnissen mit solchen Mitteln auszukommen, ist unmöglich. Die Mehrausgaben wären durch Steuern zu decken, die den Bauern anferlegt werden müssen, damit denen ihr Geld aus dem Spieß nicht mehr verdrängt bzw. gestohlen wird. Der Bauer zahlt noch nicht einmal 10 M Steuer bis ein Beamter 1000 M zahlt.

Auch durch Einseitigkeit des Großgrundbesitzes und Einbringung des Reichsnotpapiers was endlich mal der Durchführung bedarf, können die Mehrausgaben gedeckt werden. Wenn die Regierung uns für billiger Lebensweise sorgt, wollen wir keine weiteren Forderungen stellen. Dies erscheint jedoch ausgesprochen, denn für das Brot ist bereits ein hundertprozentiger Aufschlag festgelegt. Wir haben bis jetzt ein Referat in der Regierungsweise der bürgerlichen Mehrheit gegenüber der vorhergehenden Regierung noch wenig verstanden können. Das wir fordern ist ein einheitlicher Teuerungszulage für alle Beamtenklassen von mindestens 8000 M unter Wegfall des 50prozentigen Teuerungszulages und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1920, sowie rasche finanzielle Hilfe.

Bewerkschaftliches

Erhöhung des Grundlohnes der Buchdrucker im Rhein- und Biental. Die Buchdrucker des Rhein- und Bientals haben nach Ablauf ihrer Kündigungsfrist eine in ökonomischer Erhöhung des Grundlohnes um 10 bis 20 M durchgedrückt. Dabei wurden die neuen Grenzverhältnisse berücksichtigt.

Jugend und Sport

Wettspiel der A-Mannschaften 1. Bezirk gegen 3. Bezirk in Achern

Am Sonntag, 28. Dez., findet in Achern das Wettspiel der Bezirksmannschaften der A-Klasse vom 1. und 3. Bezirk statt. Vom 3. Bezirk nehmen Spieler aus folgenden Orten teil: Dagsfeld, Forstheim, Aue, Singen, Karlsruhe (Freie Turnerschaft und Arbeiterporzellan), sowie Stein; vom 1. Bezirk: Offenburg, Achern, Emmendingen, Lahr und Reibitz — Ab-

Wieder ins Juchthaus. Der Schriftsteller Max Josef Berger aus Hünzler, der eine lange Straffrist bestritten und insbesondere aus wegen Heiratsschwandels bereits verurteilt ist, erzählte einem Hotelportier, er vermisse etwas und hat den Portier danach zu suchen. In diesem Zwecke erklärte sich Berger bereit, bei dem Handwagen des Hotelangehörigen zu bleiben. Als dieser sich dann entfernt hatte, schaffte Berger den Wagen auf dem sich auch Verhaftete aus Forstheim im Werte von 450.000 M befanden, auf die Seite. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände konnte wieder beigebracht werden. Nummer 11 durch Berger ein Schaden von 40.000 M entstanden. Wegen Diebstahls wurde er zu 4 Jahren Zuchthaus, abzüglich 7 Wochen Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gemeindepolitik

Die Kartoffelversorgung der Städte und städtischer Grundbesitzer. Wie schlecht die Versorgung der minderbemittelten städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln im Spätherbst vor sich ging, ist allbekannt und wird durch die Aufrufe an die Landwirte in ein immer trüberes Licht gerückt. Ein Notkreuz zur Ablieferung der überschüssigen Kartoffeln löst den andern ab. So läßt es auch jetzt wieder hinaus ins Land: Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Aber wird es etwas nützen, dieses Bitten und Beteln, Wir glauben kaum. Tagtäglich befinden sich ärmere Leute auf der Suche nach Kartoffeln und sie müssen meist froh sein, wenn sie nur den täglichen Bedarf zusammenbringen. Nun haben bekanntlich viele Städte einen reichen Grundbesitz, oft so viel, daß die eine oder andere Stadt wohl in der Lage wäre, den eigenen Bedarf an Kartoffeln aus eigenem Vobehauswirtschaften. Dieser städtische Grundbesitz wird nun fast ausschließlich als Düngemittel an die Bürger abgegeben, von denen jedoch nur wenige die Selbstbewirtschaftung führen; sie geben die sogenannten „Kartoffeln“ an die Landwirte der benachbarten Orte in Pacht, welche ihrerseits die Anpflanzung nach eigenem Gutdünken vornehmen. Das muß in Zukunft anders werden. Hier haben die Städte darauf zu sehen, daß der eigene Grund und Boden mit den notwendigen Lebensmitteln wie Kartoffeln und Getreide angebaut wird. Auf keinen Fall darf bei der gegenwärtigen Notlage eine Stadt es zulassen, daß auf den in Pacht gegebenen Almenbürgern Kartoffeln oder Tabak angebaut werden. Auf Almenbürgern z. B. der Stadt Achern kann man diese Maßnahmen machen und so wie dort wird auch anderwärts gewirksam werden. Eine Kontrolle hierüber ließe sich sehr leicht durchführen insofern, als den genutzberechtigten Bürgern zur Auflage gemacht würde, über den Anbau der Lese — ob mit Getreide, Kartoffeln usw. — auf dem Bürgermeisterrat Meldung zu machen. Hierzu muß die Regierung den betr. Städten den Weg ebnen und selbst mit feier Hand zugreifen. Auch unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher müssen dieser Art Bodenpolitik ihre Aufmerksamkeit schenken.

Aus der Beamtenbewegung

Aus dem Kreise der Karlsruher Beamten wird uns zur Beamtenbewegung die folgende Zuschrift zugesandt, die wir wiedergeben, um auch Beamte zu Worte kommen zu lassen.

In mehreren Zeitungen erscheinen zurzeit zum Teil größere Artikel über die Beamtenbewegung. Die Folgen der weit unzureichenden Gehälter und der ungerechten Einreihung in die Besoldungsgruppen und hauptsächlich des undemokratisch festgesetzten Teuerungszulages treten täglich mehr zutage. Eine derartige Beamtenbewegung hat man bisher nicht gekannt. Sie trifft sich aber aus, wie sich die Krise der Revolution ergeben hat. Die Notlage in der Besoldung, die die Regierung zwar erkennt, aber zögert, sie zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, wird den Beamten in den letzten Jahren immer gegen ein feindlich gegenüber. Die eiserne Mauer zu beseitigen, gelang den unteren Beamten trotz großer Mühe nicht. Der Wunsch auf Kostentragung vom Beamtenbund ist im Herzen der unteren Beamten so festnagelnd, daß der Tag der Trennung feierlich begrüßt werden würde. Der Beamte lehnt sich nach einer Organisations auf gewerkschaftlicher Grundlage, die als notwendig erachtet wird. Es bedarf nur des Auftretens einiger Organisations- und finanzieller Unterstützung. Um das nötige Schwergewicht zu erlangen, bleibt die Frage der Anlehnung an die Ortsratsstelle noch zu erörtern.

Es dürfte der Regierung wohl klar sein, daß, wenn die bitteren Notrufe der Beamten keinerlei Gehör finden, als letztes Mittel nur der Streik in Frage kommen würde. Selbst Einschüchterungen durch die Zeitungen, wie das Beamtenverhältnis ist ein Freiheitsverhältnis, oder dem Beamten sei das Recht verweigert, seinem Amt willkürlich fern zu bleiben und daß dies die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Folge haben könne, wird die Beamten davon nicht abhalten können. Man wird uns das Recht wohl nicht bestreiten, das uns die Tage des 8. und 9. November 1918 gebracht haben. Wir haben den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet und wollen ihn treu sein; wo es sich aber um die Lebensinteressen und Existenzmöglichkeit handelt, ist uns das Recht, nämlich das Streikrecht, ebenso gegeben, wie dem übrigen Teil unserer Mitmenschen aus dem Privatbereich. Es ist aber an der Zeit, daß wir Beamten uns das Streikrecht sicher stellen und allen Zweifel hierüber beseitigen.

Zur letzten Versammlung am 27. November 1920 waren Abgeordnete aller Parteien eingeladen. Der Einladung folgten ein Vertreter des Zentrums, ein solcher der demokratischen und deutschnationalen Partei. Unangenehm war es für sozial denkende Beamten, daß nicht auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei zugegen war, da doch gerade diese Partei in letzter Zeit durchsichtigen Fleiß, daß dieselbe nicht nur der Handarbeiter, sondern auch der Geistesarbeiter bedürfe.

Wir alle hoffen, daß uns die Volksvertreter im Reichstag aus der so bedrückenden Notlage befreien, denn die Lage ist wirklich beängstigend. Hat doch mancher untere Beamte ein Einkommen von sage und schreibe 300 bis 500 M monatlich, ein sich etwas besser stellender 500 bis 700 M. Unter den heutigen Verhältnissen mit solchen Mitteln auszukommen, ist unmöglich. Die Mehrausgaben wären durch Steuern zu decken, die den Bauern anferlegt werden müssen, damit denen ihr Geld aus dem Spieß nicht mehr verdrängt bzw. gestohlen wird. Der Bauer zahlt noch nicht einmal 10 M Steuer bis ein Beamter 1000 M zahlt.

Auch durch Einseitigkeit des Großgrundbesitzes und Einbringung des Reichsnotpapiers was endlich mal der Durchführung bedarf, können die Mehrausgaben gedeckt werden. Wenn die Regierung uns für billiger Lebensweise sorgt, wollen wir keine weiteren Forderungen stellen. Dies erscheint jedoch ausgesprochen, denn für das Brot ist bereits ein hundertprozentiger Aufschlag festgelegt. Wir haben bis jetzt ein Referat in der Regierungsweise der bürgerlichen Mehrheit gegenüber der vorhergehenden Regierung noch wenig verstanden können. Das wir fordern ist ein einheitlicher Teuerungszulage für alle Beamtenklassen von mindestens 8000 M unter Wegfall des 50prozentigen Teuerungszulages und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1920, sowie rasche finanzielle Hilfe.

Bewerkschaftliches

Erhöhung des Grundlohnes der Buchdrucker im Rhein- und Biental. Die Buchdrucker des Rhein- und Bientals haben nach Ablauf ihrer Kündigungsfrist eine in ökonomischer Erhöhung des Grundlohnes um 10 bis 20 M durchgedrückt. Dabei wurden die neuen Grenzverhältnisse berücksichtigt.

Jugend und Sport

Wettspiel der A-Mannschaften 1. Bezirk gegen 3. Bezirk in Achern

Am Sonntag, 28. Dez., findet in Achern das Wettspiel der Bezirksmannschaften der A-Klasse vom 1. und 3. Bezirk statt. Vom 3. Bezirk nehmen Spieler aus folgenden Orten teil: Dagsfeld, Forstheim, Aue, Singen, Karlsruhe (Freie Turnerschaft und Arbeiterporzellan), sowie Stein; vom 1. Bezirk: Offenburg, Achern, Emmendingen, Lahr und Reibitz — Ab-

Wieder ins Juchthaus. Der Schriftsteller Max Josef Berger aus Hünzler, der eine lange Straffrist bestritten und insbesondere aus wegen Heiratsschwandels bereits verurteilt ist, erzählte einem Hotelportier, er vermisse etwas und hat den Portier danach zu suchen. In diesem Zwecke erklärte sich Berger bereit, bei dem Handwagen des Hotelangehörigen zu bleiben. Als dieser sich dann entfernt hatte, schaffte Berger den Wagen auf dem sich auch Verhaftete aus Forstheim im Werte von 450.000 M befanden, auf die Seite. Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände konnte wieder beigebracht werden. Nummer 11 durch Berger ein Schaden von 40.000 M entstanden. Wegen Diebstahls wurde er zu 4 Jahren Zuchthaus, abzüglich 7 Wochen Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gemeindepolitik

Die Kartoffelversorgung der Städte und städtischer Grundbesitzer. Wie schlecht die Versorgung der minderbemittelten städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln im Spätherbst vor sich ging, ist allbekannt und wird durch die Aufrufe an die Landwirte in ein immer trüberes Licht gerückt. Ein Notkreuz zur Ablieferung der überschüssigen Kartoffeln löst den andern ab. So läßt es auch jetzt wieder hinaus ins Land: Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Aber wird es etwas nützen, dieses Bitten und Beteln, Wir glauben kaum. Tagtäglich befinden sich ärmere Leute auf der Suche nach Kartoffeln und sie müssen meist froh sein, wenn sie nur den täglichen Bedarf zusammenbringen. Nun haben bekanntlich viele Städte einen reichen Grundbesitz, oft so viel, daß die eine oder andere Stadt wohl in der Lage wäre, den eigenen Bedarf an Kartoffeln aus eigenem Vobehauswirtschaften. Dieser städtische Grundbesitz wird nun fast ausschließlich als Düngemittel an die Bürger abgegeben, von denen jedoch nur wenige die Selbstbewirtschaftung führen; sie geben die sogenannten „Kartoffeln“ an die Landwirte der benachbarten Orte in Pacht, welche ihrerseits die Anpflanzung nach eigenem Gutdünken vornehmen. Das muß in Zukunft anders werden. Hier haben die Städte darauf zu sehen, daß der eigene Grund und Boden mit den notwendigen Lebensmitteln wie Kartoffeln und Getreide angebaut wird. Auf keinen Fall darf bei der gegenwärtigen Notlage eine Stadt es zulassen, daß auf den in Pacht gegebenen Almenbürgern Kartoffeln oder Tabak angebaut werden. Auf Almenbürgern z. B. der Stadt Achern kann man diese Maßnahmen machen und so wie dort wird auch anderwärts gewirksam werden. Eine Kontrolle hierüber ließe sich sehr leicht durchführen insofern, als den genutzberechtigten Bürgern zur Auflage gemacht würde, über den Anbau der Lese — ob mit Getreide, Kartoffeln usw. — auf dem Bürgermeisterrat Meldung zu machen. Hierzu muß die Regierung den betr. Städten den Weg ebnen und selbst mit feier Hand zugreifen. Auch unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher müssen dieser Art Bodenpolitik ihre Aufmerksamkeit schenken.

Aus der Beamtenbewegung

Aus dem Kreise der Karlsruher Beamten wird uns zur Beamtenbewegung die folgende Zuschrift zugesandt, die wir wiedergeben, um auch Beamte zu Worte kommen zu lassen.

In mehreren Zeitungen erscheinen zurzeit zum Teil größere Artikel über die Beamtenbewegung. Die Folgen der weit unzureichenden Gehälter und der ungerechten Einreihung in die Besoldungsgruppen und hauptsächlich des undemokratisch festgesetzten Teuerungszulages treten täglich mehr zutage. Eine

Karlsruher Vorschlags-Beratungen

Die Spezialwünsche

Karlsruhe, 22. Dezember.

Wir haben gestern falsch prophezeit. Die Beratungen des Bürgerausschusses wurden nicht zu Ende geführt, es ist noch eine weitere Sitzung nötig, die am nächsten Dienstag stattfinden soll. Da die Redezeit auf 5 Minuten festgesetzt wurde, so dürfte am Dienstag der Vorschlag nebst Zubehör unter Dach und Fach kommen. Daß er nicht ausgiebig durchgesprochen und beraten worden sei, dürfte wohl niemand behaupten.

Nachdem zwei Tage lang das Grundfächliche behandelt worden ist, der Vorschlag von den allgemeinen kommunalpolitischen Gesichtspunkten aus besprochen wurde — daß die Bürgerlichen dabei kläglich versagten, ist nicht unsere Schuld — begann nun heute die Spezialberatung, der breite Rede-Strom löste sich auf in teils lustig, teils träge dahinfließende Redebahnen. Die Vertreter der Stadt brachten bei den einzelnen Titeln und Positionen ihre diesbezüglichen mehr oder minder bescheidenen lokalen, Stadteits-, Vororts-, Straßen- oder sonstigen Wünsche vor, die die hohe Behörde mit Eud und Geduld entgegennahm, teils Erfüllung zusagend, teils Abhilfe versprechend, teils Prüfung in Aussicht stellend; Papier ist geduldig, Wort und Versprechungen sind schön, das Jahr ist lang und die p. p. titulierten Wähler und lieben Wählerinnen sind zufrieden und stolz auf ihren umsichtigen, energischen, aufmerksamen und redegewaltigen Gemeindevorsteher. Um 8 Uhr löste sich die Versammlung in Wohlgefallen auf; nach 6 Tagen Ferien hebt die Schlacht von neuem an.

Von unserer Seite sprachen die Genossen Vöhringer, Gräfer, Höhn, Köpfer, Wörner, Zeidler, Winter, Krall und Sipp, die die Wünsche und Forderungen, die bei Durchberatung des Vorschlags durch die Fraktion aufgestellt worden waren, vorbrachten. — Den bisherigen Verhandlungen kann nachgesagt werden, daß ihr Verlauf ein durchaus sachlicher war, bei aller Schärfe der Gegensätze. Herr Dr. Winter ist auch ein geschickter Verhandlungsführer, der die Debatte immer in Fluß hält und etwa anrollende Sturmwellen gewandt zu besänftigen und zu glätten versteht. — Einige wenige Stellen seien zum Schluß noch dem Herrn Stadtv. Weiß gewidmet, deutsch-national und Wiederhersteller, also doppelter Wiederschmerz. Der Herr ist Spezialist in Remedien gegen die Sozialdemokratie. Er zog bei seinen heutigen Exzerzitritten den Kürzeren, unsere Genossen denken ihn tüchtig zu — was den Herrn Nachschaffenden und Nachwächsern natürlich nicht abfallen wird, das löbliche Tun auch weiterhin fortzusetzen. Deutsch-nationaler Verbündeter Krupp-Erbs!

Einzelberatung des Etats

Zuerst werden die Vorlagen „Bildung von Erwerbsgruppen“ und „Erneuerung und Ergänzung von Gleisenlagen und elektrischen Einrichtungen im Gaswerk Ost“ debattiert angenommen.

Alsdann wird in die Einzelberatung des Vorschlags eingetreten. Bei Position „Ertrog und Kosten von Gemeindegebäude, Medten, Feldbau, Allmend“ bringt Stadtv. Fischer (Dem.) einige Wünsche von Müppurr vor, die von Bürgermeister Reinkenscheidt dahin beantwortet werden, daß an den gesetzlichen Bestimmungen wohl nicht geändert werden dürfte. Es sprechen noch zu dieser Position die Stadtv. Herrmann (Dem.), Braun (Zent).

Bei Titel „Hauptverwaltung“ wünscht Stadtv. Weiß (D.M.) nicht nur einen Abbau bei den Handwerken, sondern auch bei den Beamten und Beamten. Nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und höhere Arbeitsleistungen sei der Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. — Stadtv. Genosse Vöhringer stellt gegenüber den Ausführungen des Stadtv. Weiß fest, daß die Beamten und Arbeiter ihre volle Pflicht und Schulpflicht tun. Wenn die Arbeitsleistung nicht in wirtschaftlichem Umfange zu verzeichnen ist, so liegt dies an dem alten, noch vor 100 Jahren herköblichen System. Viele Leute arbeiten heute schon über 8 Stunden. — Stadtv. Reih (M.S.P.) wendet sich ebenfalls gegen Weiß und verteidigt den Achtstundentag. — Oberbürgermeister Dr. Winter nimmt die bürokratischen Maßnahmen der Stadt in Schutz, denn Bürokratismus sei in gewissen Sinne notwendig, ohne ihn läme man nicht durch. Gegen den Vorwurf, daß bei Einstellung von Beamten die politische Parteizugehörigkeit maßgebend sei, bemerkt der Oberbürgermeister, daß dies nicht zutreffend, denn er jede Bestimmungsnormen ab. Nur die Nützlichkeit der Beamten sei maßgebend.

Bei Aufzug des Titels „Tiefbauamt“ bringen die Stadtv. Schuster (Ztr.) und Falk (Ztr.) einige Wünsche vor; ersterer vom Grundsatz wegen Straßensanierung und letzterer wegen dem Verbot der Kleintierhaltung in den Wohnhäusern bei der Tullaschule. Bürgermeister Schneider bemerkt auf die Ausführungen der Stadtv. Schuster und Falk, daß in Grünwinkel die Straßensanierung Sache der Bewohner ist und daß der zur Verfügung stehende Platz bei der Tullaschule für Kleintier- und Schweinezucht zu klein sei. Er stimmt mit dem Stadtv. Weiß überein, daß neue Wohnungen geschaffen werden müssen, um Arbeit für das Bauhandwerk bereitzustellen zu können. Bei „Entwässerung“ beantragt Stadtv. Widmann (Ztr.) den zu niedrigen Beitrag der Stadt Durlach zur Entwässerungsanlage und daß die Landwirte den Klärschlamm zu billig erhalten. Bürgermeister Schneider sagt Prüfung der Angelegenheit zu.

In bezug der „Öffentlichen Straßen, Wege usw.“ wünscht Stadtv. Strobel (Ztr.) daß der Durchgang vom alten Bahnhof durch die Wilschelmstraße wieder geöffnet werden soll und verlangt bessere Reinigung der Straßen in der Stadt, welche dem Staat gehören. Ein Vertreter des Bauamts gibt hierüber Aufklärung. Weitere Wünsche bringen die Stadtv. Herrmann und Mang (Dem.) und Schuster (Ztr.) vor. Stadtv. Genosse Vöhringer befragt, daß die Straßensanierung das Papier auf die Straßenbeleuchtung bringen die Stadtv. Fischer (Dem.) und Gräfer (Soz.) Wünsche vor. Stadtv. Fischer (Ztr.) wünscht die Erstellung eines Spielplatzes für Kinder und Große auf den alten Friedhofsanlagen bei der Schillerschule anstatt beim

Spielplatz. Stadtv. Gen. Höhn fordert endliche Erfüllung des Spielplatzprojekts in Müppurr.

Bei „Zug und Versicherung gegen Feuergefahr“ regt Stadtv. Köpfer an, die Feuerversicherung für Mobiliar zu verstaatlichen oder aber zu verstadtlischen, denn bei der Finanznot könne die Stadt die Leberhöfische auch brauchen. — Stadtv. Fischer (Ver. Kom.) bringt Beschwerden bezüglich der Berufsfeuerwehr vor. Oberbürgermeister Dr. Winter spricht der Berufsfeuerwehr für ihre Tätigkeit beim Friedrichsbadbrand volle Anerkennung aus.

Stadtv. Widmann (Zent.) spricht gegen die Sozialisierung der Mobiliar-Feuerversicherung. — Bezüglich der Feuerwehre gibt Stadtv. Gähner (Kommandant der Feuerwehre) längere sachmännliche Ausführungen, in denen er insbesondere die Notwendigkeit der freien Feuerwehre im Interesse der Stadt und der Stadtfinanzen darlegt. — Stadtv. Gen. Köpfer erkennt die Tätigkeit der Berufs- und freien Feuerwehre an und verteidigt die Sozialisierung und Kommunalisierung der Feuerversicherung für Mobiliar. Diese liegt auch im Interesse der schlecht bezahlten unteren Versicherungsangestellten. — Stadtv. Gen. Wörner wünscht für die Rintheimer Feuerwehre eine automatische Schieberleiter.

Eine längere Debatte entzieht bezüglich der „Städtischen Betriebe und Anstalten“. Stadtv. Gähner (Zent.) ist der Ansicht, daß die Leberhöfische von Gaswerk nicht zugunsten anderer Betriebe, wie z. B. der Lokalbahn, verwendet werden dürfen. Er kritisiert ferner noch, daß diejenigen Gasverbraucher, welche infolge ihrer Sparsamkeit die festgesetzten 120 Kubikmeter nicht erreicht haben, Nachzahlung leisten müssen.

Stadtv. Gen. Zeidler legte die Gründe dar, warum die Straßenbahn ein so großes Defizit aufweist. Es ist dies eine allgemeine Erscheinung in ganz Deutschland. Nach dem Urteil von Sachverständigen sind die Betriebsmittel um das Fache gestiegen, während die Einnahmen nur eine Fache Erhöhung erfahren haben. Die Einnahmen der Straßenbahn sind sehr niedrig, denn zwei Drittel des Straßenbahnpersonals erhalten noch monatlich unter 900 M. Gehalt. Bei der Lokalbahn muß in Betracht gezogen werden, daß deren Betriebsmittel bei der Übernahme durch die Stadt vollständig verwaist waren. Mit der Besoldungsreform sind diejenigen Straßenbahnangestellten schlecht weggekommen, denn sie haben heute weniger als Arbeiter. Die Erhaltung der Betriebswehre durch das Reich würde der Stadt ungefähr 1 Million ausmachen und könnte das Defizit um diesen Betrag dezimieren. Zur Deckung des Defizits bei der Lokalbahn sind auch die Gemeinden, die an der Lokalbahn liegen, mit heranzuziehen. Nicht Abbau des Straßenbahnverkehrs, sondern Ausbau muß die Lösung sein, insbesondere muß endlich einmal mit den Vororten Rintheim und Müppurr eine gute Verbindung herbeigeführt werden. — Stadtv. Reih bringt verschiedene Wünsche vor, u. a. die Errichtung eines weiteren Straßenbahndepots und von Einkaufshallen an verschiedenen Haltestellen. — Stadtv. Mang (Dem.) hat ebenfalls Straßenbahnwünsche mancherlei Art, besonders der Weststadt. — Bürgermeister Schneider erklärt zum Dr. ist bei der Straßenbahn, daß die Kosten des Betriebes derselben um das Fache gestiegen sind, während die Tarife nur um das Fache erhöht wurden. Die 5 Kilometer lange Strecke der Lokalbahn innerhalb der Stadt ist ein Verlust. Die Bahn muß mit der Straßenbahn verbunden werden, was auch von der Albtalbahn gilt, die durch die Veitheimer Allee führen müßte.

Die städtische Milchwirtschaft rüst ebenfalls eine lange Debatte hervor. Stadtv. Reih (Dem.) befragt dabei insbesondere die Milchnot, der die städtischen Gutsbesitzer nicht weichen konnten. Bei unserer städt. Gutswirtschaft in Müppurr wurde gearbeitet, von einer Milchwirtschaft kann keine Rede sein. — Bürgermeister Dr. Winter erklärt Aufklärung über die städt. Gutswirtschaft und gibt bezüglich der Milchnot zu, daß mit der Einstellung von Milchzugeschäft durch Versteigerung geendet wurde. — Stadtv. Fischer (Ztr.) ist der Ansicht, daß die Städter durch das Milchmangeln an der Milchnot viel Leid sind.

Bezüglich des Stadtparkes und der Festhalle wünscht Stadtv. Gen. Winter, daß die Gebühren für die Benutzung der Festhalle durch Vereine nicht mehr erhöht werden. Die Arbeiter-gefangenereine usw. sind nicht in der Lage, diese Gebühren noch weiter zu tragen. Ein Gegenstandsmangel an diese Vereine ist erforderlich. Die Bewohner der Südweststadt wünschen an der Südwestseite des Stadtparkes einen Eingang. Weitere Wünsche bringt Redner für die Kleingärtner und die Gärtnereifraktionen an. — Stadtv. Strobel (Ztr.) unterzieht die Ausführungen des Redners.

Bei Titel „Badenweiler“ hält Stadtv. Gen. Höhn für unmöglich, die Preise so zu erhöhen, daß die Badenweiler sich rentieren. Das Hauptübel liegt beim Wäcker der Badepflichtigen, wie Holzengeden usw. Ein Aufschwung zum Badebetriebe ist herbeizuführen, da er im Interesse der Kultur und Gesundheit der Bevölkerung liegt. Die Volkswirtschaftler sollten sich wieder öffnen und auch für die Vororte Badegaststätten geschaffen werden. — Es sprechen noch zu diesem Kapitel die Stadtv. Reih (M.S.P.), Herrmann (Dem.) und Bürgermeister Dr. Winter.

Lebensmittelversorgung. Stadtv. Fischer (Ver. Kom.) bringt Beschwerden von der Milchversorgung vor. — Stadtv. Widmann (Ztr.) findet den Aufschwung für den Milchmarkt etwas zu hoch. — Stadtv. Gen. Krall veranlaßt eine Prüfung, ob für die über 8 Jahre alten Kinder die Milchversorgung nicht verbessert werden könnte, vielleicht durch Abgabe von landwirtschaftlichen Milch zu billigeren Preisen. Am schließt sich Stadtv. Strobel (Ztr.) an. — Stadtv. Jung (M.S.P.) bringt einige Beispiele von den Praktiken der Milchhändler, welche nie die zuviel erhaltene Milch zerschütten, sondern sich nur melden, wenn sie zu wenig Milch erhalten haben. — Stadtv. Gen. Sipp kritisiert, daß viele Einwohner auf unberechtigte Weise Milch beziehen, was die Bürgermeisterei auf dem Lande ihre Dienste leisten.

Bei Titel „Fürsorgeamt“ bringt Stadtv. Gen. Vöhringer verschiedene Wünsche und Beschwerden vor und wünscht eine gut ausgebaute Organisation der Hauspflege. — Bürgermeister Dr. Winter sagt Ausbau des Fürsorgewesens zu. — Die Stadtv. Gen. Vöhringer und Höhn weisen die Angriffe des Stadtv. Weiß gegen die Sozialdemokratie, daß sie im Fürsorgewesen nicht das gleiche Praktische geleistet hat, wie die Christenverbände, energisch zurück.

Die Beratungen konnten auch heute, trotzdem wieder bis 8 Uhr getagt wurde, nicht zu Ende geführt werden. — Die Weiterberatung wurde auf Dienstag mittags 4 Uhr anberaumt.

Kleine Nachrichten

Berlin. Der Finanzminister hat eine Verordnung erlassen, wonach die Zeit für Anrechnung der Kriegsanleihen auf das Reichsnotopfer bis zum 31. Januar verlängert wird.

Leipzig. Zum Zustand in der Leipziger Metallindustrie meldet die „Volkzeitung“, daß der Verband der Metallindustriellen den Sachbespruch abgelehnt hat. Der Ausstand dauert noch an.

Berlin. Laut „Germania“ hat der Ausschuss der deutschen überseeischen Partei eine programmatische Erklärung gefordert, in der die Bildung eines Staates Niederjachsen unter gleichzeitiger Betonung der Reichstreue gefordert wird.

Lebischfeld. Mittwoch früh fuhr auf der Strecke Lebischfeld-Berlin ein Personenzug auf dem im Bahnhof Lebischfeld haltenden Güterzug. Ein Bremser wurde getötet, mehrere Reisende wurden verletzt. Sechs Güterwagen sind beschädigt. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht festgestellt.

Colmar. Wie der „Republikaner“ erzählt, hat der Ortsvorstand der Stadt Colmar sich mit Mehrheit dem Beschluß des Gemeinderats auf Einführung der interkonfessionellen Schule angeschlossen.

Colmar. Am Sonntag morgen brach in den Werken Herzog in Rogelbach eine große Feuerbrunst aus, die bald einen ungeheuren Umfang annahm. Bedeutende Vorräte von Baumwolle, Wolle und Seide wurden ein Raub der Flammen, fünf-

liche Geschäftsbücher und Kassenchränke wurden vernichtet. Der Schaden wird auf 5 Millionen Franken geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Brüssel. Der „Soir“ berechnet den Wert der in Belgien sequestrierten Güter auf 1 Milliarde Mark. Der Gesekentwurf über ihre Verwaltung wird in der Kammer baldigst durchberaten werden.

Paris. Nach einer Meldung aus Peking sind ausländische Banken bereit, einen Vorschuß von vier Millionen Dollar zur Bekämpfung der Hungersnot zu gewähren. Als Garantien werden Zollkontrolle und eine Kontrolle der Ausgaben seitens der Banken gefordert.

Paris. Wie die „Chicago Tribune“ aus Buenos Aires meldet, sind bisher 200 Leichen als Opfer des jüngsten Erdbebens gefordert worden. Drei Städte sind völlig vernichtet.

Paris. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London haben die Eisenbahner beschlossen, von nun den Widerstand gegen die Beförderung von Soldaten, Waffen und Munition aufzugeben, unter der Voraussetzung jedoch, daß niemand von den streikenden Eisenbahnern bestraft werde.

Wien. Mittwoch früh ereignete sich im Elektrizitätswerk eine Explosion eines Ölbehälters, wodurch große Kabel in Brand gesetzt wurden, infolge derer der Verkehr der elektrischen Straßenbahn mehrere Stunden lahm gelegt war. Der Schaden ist bedeutend.

Wien. Dienstag abend sind die Arbeiter des Staatsbetriebes, in denen die Amtsblätter hergestellt werden, wegen Ablehnung einer Forderung nach Gewährung einer Weihnachtsgeldzahlung von 6000 Kronen in den Ausstand getreten. Heute wird im Betriebe passive Resistenz geübt. Auch in der Staatsdruckerei und im Münzamt üben die Arbeiter passive Resistenz.

Wien. Den Wählern zufolge hat das Personal der Südbahn in Wiener Neustadt eine befristete Forderung auf eine Weihnachtsgeldzahlung gestellt. Im Falle der Nichtbewilligung würde zunächst der Schnellzugs- und dann der Personenzugsverkehr auf der Südbahn eingestellt werden. Heute fielen bereits die Schnellzüge nach Aram aus.

Madrid. Die Kammerwahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Regierung erzielte eine absolute Mehrheit. In Madrid siegten die Monarchisten, in Barcelona die Regionalisten, in Valencia die Republikaner. Man hofft, daß die Regierung einen Ausgleich der starken sozialen Gegensätze wird herbeiführen können.

London. Die „Morningpost“ will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß Krassin mit großen englischen Petroleumfirmen Verhandlungen über die Gewährung von Konzessionen in den Petroleumfeldern von Batu und Grosny angestellt habe. Die in Frage kommenden Petroleumfelder liefern 65% der gesamten Petroleumzeugung Russlands.

London. In der Kohlenmine von Alhousade, die 40000 Bergarbeiter beschäftigt, ist ein Streik ausgebrochen, weil die Unternehmer sich weigerten, 11 entlassene Arbeiter wieder einzustellen.

London. Wie die „Times“ aus Tokio meldet, haben die japanischen Revolutionäre an Japan den Krieg erklärt. Eine vorläufige Regierung dieser Revolutionäre hat sich in Shanghai gebildet.

Washington. Der Finanzausschuss des Repräsentantenhauses hat eine Gesetzesvorlage über die Einführung erhöhter Einfuhrzölle auf Wolle, Baumwolle, Karottensäfte, Fleisch und lebendes Vieh einstimmig angenommen. Der Ausschuss hat an das Haus das Ersuchen gerichtet, alles erforderliche zu tun, damit die Vorlage noch vor Weihnachten Gesetzeskraft erlangt.

Düsseldorf. Die Polizei verhaftete fünf Personen, welche umfangreiche Kollektionen machten. Acht Eisenbahnwagen und eine Schiffsladung mit Kali, die ins Ausland gehen sollten, wurden beschlagnahmt und zu Gunsten des Reiches sicher gestellt.

Aus dem Lande

Wulach, 22. Dez. Wie alljährlich, so hält auch in diesem Jahre der Wulachverein seine Christbaumfeier am 1. Weihnachtstag (23. Dez.) nachmittags 4 Uhr in der „Krone“ ab. Eine Co. hoffte aus Karlsruhe wird eine Anspende halten. Für die weitere Unterhaltung wird der Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“ und Humorist Gen. Stauch Sorge tragen. Da ein reiches Badentempel aufgestellt ist, erwarten wir von der Wulacher Arbeiterkassette einen gastlichen Besuch. Ganz besonders sei an die Mitglieder und Volksgenossen appelliert.

Welschnert, 22. Dez. Auf die Entgegnung des Herrn Gemeinderat Geitzerte vom 14. ds. Mts. über die uns unter dem Vorsitz des Herrn Geitzerte stehende: Der Einleger der Kritik war nicht, wie Herr Geitzerte meint, schlecht unterrichtet, sondern sogar gut, sonst würde er nicht in die Öffentlichkeit getreten sein. Glaubt denn der Gemeinderat wirklich, seinen Beitrag im Sinne der überwiegenden Mehrheit zu leisten? Man hört doch in allgemeinen, man hätte die Frauen über diese Sache abstimmen lassen sollen, weil es sich doch auch um sie selbst handelt. Es steht doch fest, daß wenn dem Herrn Amtmann die Sache so vorgebracht worden wäre, wie sie in Wirklichkeit ist, daß sich noch eine dritte Variante gemeldet hätte, es wäre dann sicherlich ein anderes Resultat herausgekommen und man hätte sehen können, wo die Wahrheit zu finden wäre. Warum hat denn der Bürgerausschuss zum großen Teil nicht mehr soziales Verständnis an den Tag gelegt und hat sich nicht für die Kriegserwitte entschieden? Diese hat aber, trotzdem ihre Mittel nicht genehmigt wurden, sich für den stursten bereit erklärt. Auf den Vorwurf des Rangels an sozialem Verständnis bei dem Artikelsschreiber sei erwidert, daß hier ein Mißverständnis vorliegt, denn der Sach soll heißen: „Die ältere der Frauen lebt in wirtschaftlich besseren Verhältnissen als die jüngere.“ Und das wird auch kein vernünftiger Mensch abstreiten wollen. Zudem hat kein Mensch etwas mit der Frau, im Gegenteil. Wenn es nur derjenigen, die der Gemeinderat zum zweitenmal vorgeschlagen hat, nicht auch zu ergeht, denn die Betterleswirtschaft nimmt gewöhnlich ein böses Ende.

Weingarten, 23. Dez. Wie üblich findet heute abend wieder im Gasthaus zum „Bad. Hof“, um 8 Uhr pünktlich beginnend, ein Kursabend des Bildungsausschusses statt. Gen. Hptl. Meyer wird in der Darstellung der „Geschichte der Sozialpolitik“ fortsetzend, einen Überblick über die Aera Weimann-Dehrlich geben. Es ist zu wünschen, daß wegen des interessanten Stoffes auch diesmal wieder die Genossen, besonders auch die Jugendlichen und die Frauen, so zahlreich sich einfinden werden wie in den bisherigen Vorträgen des Gen. Meyer.

Graben bei Karlsruhe, 22. Dez. Bei einer in den letzten Tagen hier und in der Umgegend abgehaltenen Mischrazzia wurden von den Beamten des Landespreisausschusses Karlsruhe ungefähr 300 Liter Milch beschlagnahmt und dem städtischen Milchamt zugeführt.

Bruchsal.

Die Weihnachtsfeier des Arbeitergesangvereins „Harmonie“ und des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ findet am zweiten Weihnachtstag nachmittags 4 Uhr im „Fortunaaal“ statt. Ein reichhaltiges Programm bestehend in Gesang, Männer- und gemischte Chöre, Theater, Solosongern und anschließenden Tanz bietet reichliche Abwechslung, ein Gabentempel wird für Liebesgaben sorgen. Die Freunde und Gönner dieser Vereinigungen werden zu zahlreichem Besuch eingeladen. Der Saal wird um 1/4 Uhr geöffnet.

Die badischen Kommunisten

haben in diesen Tagen mit den linksunabhängigen einen sogenannten Verschmelzungs-Parteitag abgehalten. Eine anscheinend recht lebhaft geführte Debatte entspann sich über die kommunistische Presse. Die Ansichten gingen nach dem in der „Soz. Rep.“ erschienenen Bericht recht weit auseinander. Die einen der Herren wollen die Weltrevolution in Baden dadurch fördern, daß sie die beiden badischen kommunistischen Blätter, die Mannheimer „rote Fahne“ und die sogenannte „Soz. Republik“ in Karlsruhe weiter vegetieren lassen; andere wiederum traten dafür ein, daß nur eines dieser beiden Blätter herausgegeben werden soll, während die dritten dafür eintraten, daß für ganz Süddeutschland der „Kommunist“ in Stuttgart das weltrevolutionäre Blatt sein soll. Aus dem sehr dürftigen Verhandlungsbericht ist weiter zu entnehmen, wenn man, wie wir, über die Pressefrage der Kommunisten etwas näher unterrichtet ist, daß weder die „rote Fahne“ noch die „Soz. Republik“ existieren können. Selbst der gefinnungstüchtigste Kommunist kriegt es eben schließlich mit dem Bedenken zu tun, wenn er für ein Blättchen wie die „Soz. Rep.“ monatlich 6 Emmchen bezahlen soll. Die Konferenz beschloß, fortan nur noch den Stuttgarter „Kommunist“ erscheinen zu lassen, sodas also mit dem Eingehen der beiden badischen kommunistischen Blätter zu rechnen ist. Der „Soz. Rep.“ wäre ja vermutlich auch ohne in der Atem sehr bald ausgegangen.

Recht ergötzlich war der Schlußakt des kommunistischen Parteitages. Einer der Teilnehmer kam auf die für einen Moskauer seltsame Idee, zu verlangen, daß bei den Handlungen der Kommunisten auch die Vernunft eine Rolle spielen sollte. Dieser seltsame Gast in einer kommunistischen Versammlung kam aber damit beim Vorstehenden, Herrn Stadtrat Trabinger, schon an mit dieser Forderung. Wenn nämlich Herr Trabinger das Wort Vernunft hört, dann bäumt sich in ihm seine ganze natürliche Veranlagung auf. Nach der „S. A.“ domierte er denn auch in seiner Schlussrede den unatürlichen Parteigänger wie folgt nieder:

Im Verlaufe des heutigen Parteitages ist ein Wort gefallen: Und muß die Vernunft leiten bei unsern Handlungen, das ist unrichtig. Es gibt heute keine reine unbedingte Vernunft. Es gibt nur eine proletarische und eine bürgerliche Vernunft. Wir sind zusammengekommen, um eine neue Welt zu jammern. Es gilt Entschlossenheit zu zeigen.

Herr Trabinger hat ganz recht: die Vernunft hat bei untern Kommunisten keine Stelle. Jeder Versuch, ihr zur Geltung zu verhelfen, würde auch elend scheitern müssen. Herrn Trabinger hat die Mutter Natur zeitweilen gegen vernünftige Anmahdungen geschützt, aber er schien offenbar nicht allen Kongreßteilnehmern daselbe zuzutrauen, darum sein Protest gegen den Versuch, der Vernunft das Wort zu reden. Das war auch auf diesem Kongreß schon um deswillen verfehlt, weil durch die Wahl des Herrn Trabinger zum Vorstehenden doch deutlich genug demonstriert worden ist, daß man mit der Vernunft in keiner Weise in Verührung kommen will.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 23. Dezember.

Arbeitslosen-Versammlung

Durch Handzettel wurde auf gestern nachmittags halb 4 Uhr zu einer großen öffentlichen Versammlung der Arbeitslosen in den Apolloaal eingeladen, zu der etwa 300 Arbeitslose erschienen sind. Der Kundige merkte sofort, um was es sich handelte, als der Kommunist Schneider bekannt gab, daß man mit dem Beginn der Versammlung noch warten müsse, bis die Arbeiter aus den Fabriken kämen. Diese blieben jedoch aus und so wurde denn begonnen. Der Referent Schönbald gab zunächst bekannt, daß bei ihm gestern vormittag durch Kriminalbeamte Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen worden und von den Behörden umfassende Maßnahmen zur Verhütung von Störungen getroffen worden seien. Er forderte daher die Erschienenen zur Disziplin und Ordnung auf, welcher Forderung auch Folge gegeben wurde. Im übrigen stellte sich der Referent auf den Boden einer früher in einer Versammlung in der „Karlsruhe“ beschlossenen Resolution, in der die Wahl eines politischen Arbeiterrates und die Diktatur des Proletariats, verlangt daneben allerdings auch praktische Vorschläge zur Verminderung der Not der Arbeitslosen gemacht wurden. Er teilte mit, daß ihm der Abdruck der Resolution von der Redaktion des „Volksfreund“ verweigert wurde mit der Motivierung, daß man die Forderung der Diktatur des Proletariats nicht vertreten könne. Das stimmt, aber der Referent hätte auch hinzufügen sollen, daß sich die Redaktion dabei ausdrücklich bereit erklärt hatte, die wirtschaftlichen Forderungen der Resolution zu unterstützen. Der folgende Redner, Kommunist Stadtrat Trabinger hielt alsdann seine bekannte Agitationsrede für Mütterlichkeit mit den üblichen Angriffen und Unterstellungen gegen den „Volksfreund“, die er so ziemlich auf jeder Welle hat. Es laßt sich nicht ein Wort darüber zu verlieren. Auch der Kommunist Kruse schlug in die gleiche Kerbe und wenn die Arbeitslosen durch die großen Worte der Kommunisten satt werden können, so haben sie gestern einen guten Tag gehabt. Aber der Referent sowohl, wie die Kommunisten fanden ihre Widerfaser in den folgenden Rednern Ehnes (U.S.P.) Vorstand der Arbeitslosen-Vereinigung und Krebs (U.S.P.), Vorsitzender des Zentralrates der Betriebsräte. Ehnes meinte sehr richtig, daß es keinen Zweck habe, Resolutionen zu beschließen, die überhaupt nicht durchzuführen seien. Die Arbeitslosen sollten durchführbare Forderungen, die allein nur einen Sinn haben, stellen. Die Arbeitslosen sollten anerkennen, daß keine Stadt mehr für die Arbeitslosen tue wie Karlsruhe. Außerdem habe er die freiwillige Sammlung von Geldern in den Betrieben angeregt, die 14 000 M. ergeben haben, wofür er allerdings, wie ihm entgegengeföhren wurde, „als Erster einmal an die Wand gestellt“ werden soll. Krebs wandte sich ebenfalls scharf gegen seinen früheren Lehrenmeister Trabinger und ebenso gegen die Lunttriebe des kommunistischen Schneiders. An Stelle von phantastischen Forderungen der Kommunisten sollten besser die Betriebsräte ausgebaut werden, die bei geeigneten Maßnahmen viele Arbeitslose unterbringen könnten.

Im übrigen bot die Versammlung ein unschönes Spiegelbild der Zerrissenheit des Proletariats. Es war jede Richtung links von uns vertreten und jeder hatte auf den Andern los. — Der Turmbau von Babel. Zum Schluß wurde die Versammlung etwas massiv. Lante Ruhe wie „Schuft“, „Schwindler“, „Spindel“ und „Krokokateur“ schwirren durch die Luft. Einen eigentlichen praktischen Zweck hat die Veranstaltung nicht gehabt, was Jeder befähigen muß, der ihr beiwohnte.

Ginigung in der Industrie und im Handelsgewerbe

Der Zentralverband der Angestellten teilt mit, daß der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 8. d. M., der den Angestellten im G. o. h. und Kleinhandel in Karlsruhe, Durlach und Ettlingen ab 1. November erhöhte Bezüge gebracht hat, sowohl von den Arbeitgebern, als auch von den Arbeitnehmern angenommen worden ist und die entsprechenden Nachzahlungen demnach geleistet werden können. Auf die Lehrlinge findet insofern der Schieds-

spruch noch keine Anwendung, doch steht zu hoffen das auch hierbei in Bälde eine Ginigung erzielt wird.

Für die Angestellten (einschl. Lehrlinge) der Industrie gilt an Stelle des Schiedspruchs vom 2. d. M. die Vereinbarung vom 18. d. M., die unter Mitwirkung des Landeskommissars für sämtliche Industriebetriebe, also auch der sogenannten „notleidenden“, für obigen Geltungsbereich aufstands gekommen ist und ebenfalls rückwirkende Kraft ab 1. November hat. Auch hier dürfte der Auszahlung der Differenzbeträge nach vor Weihnachten nichts im Wege stehen.

Ankünfte über die Höhe der vereinbarten Zuschläge werden bei der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Karl-Friedrichstraße 18, stets erteilt, woselbst auch Abdruck der Vereinbarungen zu haben sind.

Mietzinsreform

Die Möglichkeit der Mietzinsregelung durch die Mieteinigungsämter vermag den Bedürfnis einer gerechten Angleichung der Mietzinsen an die veränderten Verhältnisse, besonders die stark gestiegenen Kosten der Hausbesitzer, nur zum Teil abzuhelfen. Der Entwurf eines Mietzinsgesetzes will die allgemeine rechtliche Möglichkeit einer Neuregelung der Mietzinsen bei bestehendem Mietverhältnis herbeiführen. Die teilweise unzulässig gewordenen Zustände, das hieraus sich ergebende Mißtrauen zwischen Vermietern und Mietern und weitgehende Verunruhigung der Hausbesitzer lassen jedoch eine von der Gemeinde ausgehende Regelung als unumstößlich erscheinen. Die Ziel und Zweck des Mietzinsgesetzes schon vor seiner, vielleicht nicht so rasch zu erwartenden, Erlassung zu erweisen anseht. Auf Veranlassung des Bürgermeisters trat daher am Freitag unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Oberlandesgericht v. Marjall eine Kommission zur Beratung von Mietzins- und anderen Fragen des Mietrechts im Rathaus zusammen. Der Kommission gehören Bürgermeister Schneider als Vertreter des Stadtrats, Architekt Weines als Vertreter der Hausbesitzer, Oberpostsekretär Klüß als Vertreter der Mieter an, ferner waren erschienen als Vertreter des Landgerichts Landgerichtsrat Dr. Fromberg, als Vertreter des Amtsgerichts Landgerichtsrat Rudolf Müller, als Vertreter der Anwaltschaft Rechtsanwält Sigmund Beder, Stadtschreiber Keul um für das Mieteinigungsamt und Rechtsanwalt Bosen für das Wohnungsamt.

Die erste Beratung ergab Einstimmigkeit darüber, daß die Befreiung des Mietzinses weber die Kosten einer Neuherstellung in heutiger Zeit, noch der in das heutige Geld umgerechnete Betrag in Goldmark der seinerzeitigen Gestehungskosten, sondern nur der wertliche Kennbetrag der Gestehungskosten des Miethauses maßgebend sein kann. Auf den Bericht des Bürgermeisters Schneider wurde auch im allgemeinen gutgeheißen, daß ein gerecht bemessener Mietzins in seiner Höhe nicht durch die Belastung des Hauses und durch die Höhe der aufzubringenden Hypothekenzinsen bestimmt werden dürfe, sondern im wesentlichen aus drei Faktoren zusammengesetzt werden müsse: 1. der Grundmiete als der Verzinsung des ausgelegten Kapitals zu einem bestimmten Zinssatz, wobei vom Steuerwert des Miethauses auszugehen, aber, so wenig wie bei der Kapitalrente, der „scheinbare“ Wert zu berücksichtigen sei; der Steuerwert des Hauses ist nach Verhältnis der Friedensmieten auf die einzelnen Mietwohnungen des Hauses umzulegen; 2. den Betriebskosten, zu denen die fälligen Mlagen und die Kirchensteuer vom Mieterschaftsmiet, Feuerversicherung mit Kriegsspiel, Wasserzins und Treppenbeleuchtungskosten, Kosten für Klingentransport, Desinfektion und Kontrolle der Abortgruben, Grubenentleerung, Schwemmgelöh, Schweg, Straßenreinigung und Ungezieferverteilung, Versicherung gegen Wasserbeschaden, Saftpflicht, ferner die Kosten der Sammelheizung und eine angemessene Vergütung für die geleistete Arbeit der Hausverwaltung zu rechnen sind. In Betracht kommen außerdem die Auslagen für die staatliche Vermögenssteuer vom Mieterschaftsmiet und eine angemessene Abschreibung bei Bestehen von Tilgungshypotheken. Die sich ergebende Gesamtsumme dieser Betriebskosten wäre wieder nach Verhältnis des Steuerwertes auf die einzelnen Mietwohnungen umzulegen; 3. den Bauunterhaltungskosten, die nach den Erfahrungen z. B. von Genossenschaften wie des Mieter- und Landvereins in den Jahren vor, während und nach dem Krieg in einem bestimmten Hundertsatz des Feuerversicherungsanschlages zu bemessen und nach den veränderten Verhältnissen etwa von Jahr zu Jahr neu zu bestimmen wären.

Die Stadtverwaltung hofft durch Aufstellung und Empfehlung eines neuen Mietvertragsformulars, das den Entwurf einer solchen Berechnung des Mietzinses enthält, zu Beginn des nächsten Jahres einer gerechten Regelung der Mietzinsen im Wege der freien Vereinbarung den Weg zu bahnen; dabei würde eine mehr summarische Berechnung und Festsetzung des Mietzinses jenen Hausbesitzern und Mietern, denen der vorzuschlagende Weg zu schwerwiegend und umständlich erscheint, durchaus unbenommen bleiben, jedoch müßten die aufgestellten Grundzüge in wirklichen Streitfällen die Grundlage der Entscheidung des Mieteinigungsamtes abgeben.

Der Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend findet eine Ansprache über einen in den letzten Jugendblättern behandelten Gegenstand statt. Ein Teilnehmer an dem Kurse wird einen einleitenden Vortrag halten, woran sich dann eine Aussprache anschließt wird. Auch zu diesen Veranstaltungen, die jetzt mehr als bisher gepflegt werden sollen, werden die Mitglieder um zahlreiche Teilnahme ersucht. — Von 7 Uhr ab ist Gelegenheit zum Spielen, außerdem ist heute Bücher-aussgabe.

Der Karlsruher Männergesangsverein hält am Sonntag, 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Mühlen Krug“ seine Weihnachtsfeier ab. Ein ausgewähltes Programm kommt dabei zur Darbietung.

Einschränkung des Expresgutverkehrs. Wegen der auf 1. Januar 1. z. angeordneten Einschränkung des allgemein betriebenen Expresgutverkehrs hatten sich die Handelskammern durch den Badischen Handelsrat an die Eisenbahn-Generaldirektion in Karlsruhe gewendet um Verbeibaltung des Expresgutverkehrs in der seitherigen Weise. Daraufhin hat die Eisenbahn-Generaldirektion mitgeteilt, daß sie in eine Prüfung der Angelegenheit eingetreten sei. Dadurch wird sich der Landtag vorerst wohl nicht mit dieser wichtigen Frage befassen.

Ertrunken. Gestern vormittag 11 Uhr brach der 5 Jahre alte Heinrich Sauer, wohnhaft Rheinstraße 85 hier auf der Alde in das Eis ein und ertrank.

Taschendiebstahl. Gestern nachmittag wurde in einem kleinen Kaufhaus einer Frau aus Durlach ihre Handtasche mit 1200 M. Inhalt durch unbekanntem Täter entwendet.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. Dezember 1920

Die durch das nördliche Tiefdruckgebiet herbeigerufenen Erwärmung hat sich gestern noch weiter nach Süden ausgebreitet. Auf dem ganzen Festland sind die Temperaturen um mehrere Grade über Null gestiegen. Etwaungsweise sind geringe Niederschläge, meist Regen, gefallen. Aus der Westseite des nordostwärts ziehenden Tiefdruckgebiets ist durch ein von Spanien vordringendes Hochdruckgebiet vorübergehend Aufhellung eingetreten. Da aber neue Luftwirbel vom nordwestlichen Meer heranziehen, besteht keine Aussicht auf eine wesentliche Wetteränderung. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht 12 Uhr: Leberwiegend bewölkt, einzelne Niederschläge, meist Regen, ziemlich mild.

Lezte Nachrichten

Berliner Zustände

Berlin, 22. Dez. Das Treiben der Einbrecher war am Sonntag und in der Nacht zum Dienstag umfangreich. An einzelnen Stellen haben die Einbrecher ganze bedeutende Werte erbeutet. So stahlen sie bei Utan in der Spandauerstraße 12 für 200 000 M. Damenkleider und Stoffe, bei Grischfeld in der Oberwallstraße 9 für 100 000 M. Seide und andere Stoffe, bei Rosenthal in der Ritterstraße 88 für 40 000 M. Ledermäntel, bei Mandel in der Frankfurter Allee 191 für 24 000 M. Wollwaren, bei Kunde in der Kanonierstraße 37 für 20 000 M. Kleider, bei Bibl in der Trautweinstraße für 30 000 M. Hemden, bei von Erlan in der Mohrstraße 33 für 75 000 M. Pelzwaren. Ebenso hoch ist der Schaden, den Wohnungseinbrecher angerichtet haben. Diese erbeuteten in der Nachodtstraße für nicht weniger als 700 000 M. Schmuck- und andere Wertachen, in der Michaelstraße für 80 000 M., in der Kurfürstenstraße für 75 000 M., am Luisenpark für 20 000 M., in der Schinkelstraße für 60 000 M., in der Berliner Straße zu Schönberg für 45 000 M. und an vielen anderen Stellen für 10 000 M. und mehr an Teppichen, Schmuckstücken, Kleidungsstücken.

Die Kosten der Stimmzettel für die letzten Reichstagswahlen

22. Berlin, 22. Dez. Nach dem Reichswahlgesetz ist die Regierung zum Ersatz für die Stimmzettel verpflichtet. Im Einvernehmen mit dem Reichsrat und Reichstag hat die Reichsregierung die Höhe der zu zahlenden Beträge bestimmt und zwar mit 15 Pfg. für jeden nötigen Stimmzettel. Die Belastung für die Reichsstämme beläuft sich auf 3,9 Millionen Mark, ohne die Ausgaben für die bevorstehenden Wahlen in den Abstimmungsgebieten. Von der gesamten Summe sollen erhalten: Die Sozialdemokraten 840 000 M., die Unabhängigen 735 000 M., die Deutsch-Nationalen 550 000 M., die Deutsche Volkspartei 540 000 M., das Zentrum 525 000 M., die Deutsch-Demokraten 330 000 M., die bayerische Volkspartei 177 000 M. usw.

Bolschewistische Greuel

22. Kopenhagen, 22. Dez. Nach einer Neutermeldung aus Konstantinopel haben die Bolschewisten in den früher von General Wrangel besetzten Gebieten mit unerhörter Grausamkeit. Sie beschränken sich nicht darauf, ihre Opfer heimlich hinzurichten, sondern hängen sie an Säulen in den öffentlichen Anlagen auf, damit die Leiden zur Warnung der Bevölkerung hängen bleiben. In Sebasteopol sind 800 Personen ermordet worden. Besonders über das Schicksal der englischen Gefangenen veröffentlicht das offizielle Untersuchungskomitee grauen-erregende Berichte. Diese Männer, denen kein Fortschritt gemacht werden kann, die vielmehr als politische Geiseln betrachtet werden müssen, wurden im Gefängnis mit den schlimmsten Verbrechen umgeben und leiden dort größte Schrecken.

Kohlennot in Rußland

Amsterdam, 22. Dez. Die Kohlennot in Rußland nimmt angesichts des strengen Winters immer katastrophalere Formen an. Fast der ganze Jugherbst in Nordrußland ist eingestürzt. Privathäuser dürfen überhaupt nicht mehr geheizt werden. Immer mehr Fabriken haben wegen Kohlenmangels ihre Betriebe einstellen müssen.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlieferung und Lezte Nachrichten Hermann Karet; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefach, Aus der Partei, Gerichtssetzung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportartikel.) Die Kartellvereine werden ersucht, bis längstens 30. Dez. dem Kartellausföch eine schriftliche Zusammenstellung ihrer Mittelgliederliste einzureichen. Gleichzeitig mögen die Vereine, die noch nicht im Besitze des neuen „Vollspors“ sind, denselben bei Gen. Leiter, Friedrichstraße 30, St. 3., abholen. Die Abrechnung wolle baldigst erfolgen. Die Adressen der neugewählten Vereinsleitungen und Delegierten sind umgehend dem Kartellvorstand z. Grimm, Sofienstraße 167, mitzuteilen. 7125

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die Monatsversammlung findet nicht heute, sondern Donnerstag, 30. 12. statt. — Die Sektionsleiter treffen sich am Dienstag, 28. 12. im Lokal. 7138

Karlsruhe-Mühlburg. (Gemischer Chor „Bruderbund“.) Heute Donnerstag abend punkt 7 Uhr im „Saalbau“ Zusammenkunft der Sängern und Sänger betr. Ständchen. Volljähriges Erscheinen erwartet. 7120 Der Vorstand.

Bautila-Bericht vom 22. Dezember

Markkurs in der Schweiz jetzt 9.15 Cts. Ausgabe von 1000 L. a. n. notierte 22.50 M. per Holl. Gulden. Schweiz 10.94 M. per 100 Fr. England 254 M. per 100 Schilling. Frankreich 126 M. per 100 Fr. New York 72 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 28; Rehl 118; Rogau 265, gef. 2; Mannheim 142, gef. 2 Zentimeter.

Unsere Filialinhaber

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiefen erhalten, wollen die für Januar benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Montag, den 27. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Januar nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volksfreund“.

Standesbuchauszage der Stadt Karlsruhe

Gehangebote. Heinrich Morlok von Jollitz, Hausdiener hier, mit Virginia Güntner, geb. Göhle, von Sainte Suzanne. Eduard Grader von Badenheim, Fern-Ausst. hier, mit Emilie Nagel von Kraudenries. Karl Schneider von Hochendorf, Werkmeister hier, mit Elisabeth Walz von Freiburg. Rudolf Bachmann von hier, Handlungsgehilfe hier, mit Frieda Müller von Heidelberg. Leopold Kerber von hier, Handelsmann hier, mit Anna Göb von Mühlheim. Albert Reinacher von Mühlheim, Postausföcher hier, mit Hertha Kaiser von hier. Friedrich Drobdt von Groß-Gerau, Schneider hier, mit Annetta Gansler geb. Saccomandi von Stollata.

Todesfälle. Alice, alt 5 Jahre, Vater Lorenz Reith, Fahr-Arbeiter. Mario, alt 14 J., V. Johann Benz, Kuchner. Grifa, alt 8 Mon., V. Wilhelm Geige, Schaffner. Karl Weigel, Eisenbahnassistent, Gemann, alt 55 J., Mina Roida, alt 46 J., Ehefrau von F. Weid, Roida, Kaufherr. Ida Müller, ohne Beruf, ledig, alt 23 J., Adolf Strübel, Tagelöhner, Gemann, alt 63 J., Ferdinand Rogge, Leibkuchler, Witmer, alt 67 J., Friedrich Schmelter, Wäcker und Konditor, ledig, alt 28 J., Karoline Duttenhofer, alt 59 J., Witwe von Wilhelm Duttenhofer, Eisenbahnassistent. Ludwig Freisinger, Vol.-Führer a. D., Witmer, alt 76 J., Karl Jähringer, Professor, Chem., alt 61 J., Johann al 1 Mon. 21 Tage, V. Jakob Seanningger, Zuschläger. Katharina Neuert, alt 77 J., Witwe von Joh. Neuert, Hauptlehrer. Elisabeth Bauer, alt 56 J., Witwe von Johann Bauer, Postkonditor.

Dem Metzger Friedrich Peder, Tullastr. 84,
 Hermann Schott, Weidenstr. 28,
 Heinrich u. Adolf Denzel, Stefan
 Wartner (Kirma) Weidenstr. 28,
 Karl Kronenstr. 28,
 Georg Delle, Tullastr. 34,
 Gustav Rebin, Kaiserallee 78,
 dem Techniker Friedrich Kirchnermayer, Hübsch-
 straße 9 und
 Metzger Max Katteler, Tullastr. 31,
 dem Viehhändler Lorenz Katteler, Rhein-
 straße 94 und dem
 Metzger Karl Wartner, Kaiserstr. 78
 wurde aufgrund des § 1 der Verordnung des
 Ministeriums des Innern vom 27. Februar
 1918 „Verordnung über die Abgabe von
 vorbestimmter jederzeitiger Viehhändler
 (Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen) in den
 Grenzen der einschlägigen Vorschriften erteilt.
 Karlsruhe, den 17. Dez. 1920. 8419
 Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion D 3.322

Die Abgabe von Kartoffeln im Kleinverkauf.
 Die Abgabe von Kartoffeln aus der durch die
 Stadtverwaltung beschafften Kartoffelreserve
 beginnt am 29. Dezember d. J. gegen Abgabe
 der an die Versorgungsberechtigten ausgegebenen
 Kartoffelmärkten.
 Jede Marke hat für eine Wochenlieferung von
 5 Pfund Kartoffeln Gültigkeit. Um den Bezug
 und die Abgabe zu erleichtern, haben wir den
 Geschäften freigestellt, die Wochenmarken Nr. 1
 bis 5 auf einmal einzulösen. Wer von diesem
 Einlösungsberechtigung Gebrauch macht, kann erst nach
 Ablauf von 5 Wochen weitere Kartoffelmärkten
 beziehen. Es liegt daher im Interesse dieser
 Käufer, mit der zugewiesenen Menge Haushälften
 umzugehen.
 Der Verkaufspreis beträgt für das Pfund
 46 Pfennig.
 Infolge der geringen zu einer Wochenabgabe
 verfügbaren Menge bleibt die Abgabe be-
 schränkt auf die Verkaufsstellen des Lebens-
 bedarfsvereins und der Firmen Wankusch u.
 Co. und Emil Buderer. 8398
 Karlsruhe, den 18. Dezember 1920.
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Karlsruhe.
 Das Büro bleibt von Freitag,
 den 24. Dezember, mittags
 1 Uhr, bis Montag, den
 27. Dezember, morgens 9 Uhr,
 und von Donnerstag, den
 30. Dezember, abends 6 Uhr,
 bis Montag, den 3. Januar,
 morgens 9 Uhr, 7185
geschlossen.
 Die Ortsverwaltung.

**Bad. höhere techn. Lehranstalt
 (Staatstechnikum)**
 Das Sommersemester 1921 beginnt am
 Freitag, den 1. April, vormittags 8 Uhr.
 Die Anmeldungen sind bis längstens 31. Januar
 1921 einzureichen.
 Alles Nähere ist aus dem Programm, das
 gegen Einsendung von 1 Mk. von der Kanzlei
 erhoben werden kann, ersichtlich.
 8428
 Der Direktor.

Karl Timeus
 Färberei u. chem. Waschanstalt
 liefert muster-gültige Arbeit
 zu den mässigen Preisen !!
 Kaiserstr. 19/21
 Telefon 2838
 b. Marktplatz.

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirre-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telef. 1421

Daniels Konfektionshaus
 Wilhelmsstraße 34, 1. Treppe, Karlsruhe.
 Um für den Weihnachtsbedarf dem künftigen
 Publikum besondere Vorteile zu bieten, bringe ich
 Wintermäntel, Jackenkleider, Mantelkleider, Seiden- und
 Vollerkleider, Sportjacken, Röcke, Binsen, Pelze, Plüsch-
 Garnituren
zu ausserordentlich niederen Preisen zum Verkauf.
 Keine Ladenspesen. Tel. 1848. Reelle Bedienung.

**Die guten, echten
 Leipziger
 Pelze**
 Qualitätsware.
 Ganzes und
 Einzelne Auswahl
 wirklich preiswert.
 Besonders vor-
 teilhaftes An-
 gebot
Masca - Felle
 Keine faire Ladung!
 Nur
 Karl-Friedrich-
 straße 6, 1. Treppe.
 J. Schorpp,
 neben Spiegel &
 Wels. Nähe
 Schlossplatz.
 5122

Gänse-Lebern
 kauft fortwährend und
 zahlt die höchsten Preise
Carl Pfefferte
 Erbprinzenstr. 28. 8399

**Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“
 Ettlingen.**
 Am Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags
 4 Uhr beginnend, findet in der Städtischen Festhalle
 unsere diesjährige

Weihnachts-Feier
 statt. Der Eintritt ist für Mitglieder frei, deren
 Angehörige zahlen 1 Mark, Nichtmitglieder 2 Mark
 einschließlich Verzehrungssteuer.
 Hierzu laden wir unsere Brudervereine ganz
 ergebenst ein. Besondere Einladungen ergehen nicht.
 Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
 Letzter Vorverkauf am Freitag den 25. Dezember
 von 2-5 Uhr im Lokal zur „Krone“. 7134

Oelfarben — Lackfarben
 schnelltrocknend — gebrauchsfertig
 für Anstriche aller Art
Maler-Artikel
 vorteilhaft 4734
 im Farbengeschäft, Waldstraße 15,
 beim Colosseum.

**DRUCKSACHEN
 ALLER ART**
 für Behörden, Handel u. Ge-
 werbe sowie privaten Bedarf
 liefert in geschmackvoller u.
 preiswerter Ausführung in
 Schwarz- und Buntdruck !!

Buchdruckerei „Volksfreund“
 Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Bettfedern-Reinigung!
 Nur ein gut gereinigtes Bett erfüllt
 seinen Zweck. Bestes Spezialverfahren.
 Nur Karlstr. 20, vorm. Flechtner.

Hohe Preise!
 Ich zahle
 die besten Preise für
 Kleider, Schuhe, alte
 Möbel, Uhren, Lampen,
 Porzellan, Silber, alte
 Teppiche usw.
 J. Erlef, An- u. Verkaufsgeschäft, Holtenauerstr. 35.
 5293

1 Plüsch-Diwan
 1 Einziger - Kabinettstuhl,
 2 gleiche kompl. Kleider-
 schränke, 1 Tisch mit 4 Stühlen,
 1 Bettsofa, Schrank, gute
 Lebersteine und Anzüge
 sind preiswert zu ver-
 kaufen.
 H. Schapf 7127
 Kaiserstr. 67
 Eingang Waldgärtnerstr.

Gänselebern
 kauft und zahlt höchste
 Preise 6081
Ja. Wilh. Kaiser,
 Mühlstr. 14.

Stiefel und Schuhe
 neu u. getr. Dfna.-Weit-
 stiefel 40 u. 42, br. S.-Stiefel,
 42/44, neu, Led. Gar-
 malchen, Led. Mantel,
 gef. f. Chauv. bast., Kau-
 fend bill. zu ver- 7099
 Eisenweinst. 32 II,
 bei Ugelrad.

in 1 Std. u. Garantie
 vernicht. Sie Fische,
 Kopf-, Kleider-, Filz-
Läuse
 i. Brut (Nissen) b. Mensch
 u. Tier mit „Kampolol“
 gef. gelb. Bunden anst. d. d.
 verr. Friseur E. Höllein,
 Weidenstr. 6. 3099

Schnellste Bedienung Gute Billigste Berechnung
Landschneiderei
 J. Weiler, Forchheim bei Karlsruhe. 663

**Gestickte Fahnen
 und Banner**
 in jeder Ausführung.
 Auftragsentwürfe, Entwürfe
 bereitwilligst. 5122
H. Krawehl
 Ettlingen.

**Weingarten.
 Arbeiter-
 Wirtschaft**
 in Weingarten
 ist auf 1. April zu ver-
 geben. Näheres
 Brauerei Sinner,
 Karlsruhe-Gärtnerstr.

Zur Beachtung!
 Neu eingeflossene Konserven:
 Schnittbohnen, 2. Qualität in Dosen zu 2 Pfd.-
 bohnen, Himbeeren, gelbe Wachstangen-
 bohnen, Erdbeeren, Reineclauden,
 Töblich frische Soeffische u. frischgewässerten
 Stockfische sowie Kollerns, Bismarck- und
 Salzheringe, geräucherter Schellfisch, Feinste
 Thüringer Würst und Schinken, in Göttinger
 Mettwurst, in allen Preislagen.

KARL BEISSWANGER
 Fischhandlung und Landesprodukte
 en gros — en detail
 Karlsruhe-Südstadt, Schützenstraße 22.

Färbe zu Hause
 nur mit
Reitmann's Farben
 Erhältlich in Drogerien u. Apotheken.
 Vertretung und Lager bei:
 Theo Senfberger, Karlsruhe, Parkstr. 3,
 Fernsprecher 1138. 6275

Durlacher Anzeigen.
 Konsumverein für Durlach u. Umgeb.
 C. G. m. b. H.
 Betrifft Auszahlung der Rückvergütung.
 Diejenigen Mitglieder, welche ihre Rückver-
 gütung bisher nicht abgeholt haben, werden ge-
 beten, dies bis zum 5. Januar 1921 tun zu wol-
 len. Beiträge, welche bis zu diesem Termin nicht
 abgeholt, werden dem Geschäftsanteilkonto oder,
 wenn der Geschäftsanteil voll einbezahlt, dem
 Sparquellkonto gutgeschrieben.
 Die Auszahlung erfolgt in derjenigen Ver-
 kaufsstelle, in welcher die Rückvergütungsmarken
 abgeliefert wurden. 7181
 Der Vorstand.

**Baden-Baden.
 Bezirks-Konsumverein Baden-Baden**
 c. G. m. b. H.
 Vermögen Netto-Bilanz am 30. Juni 1920 Verbindlichkeiten

Vermögen	Netto-Bilanz am 30. Juni 1920	Verbindlichkeiten
An Betriebswerte:		
Barenbestände (Ein- satzwert)	1.056.370,—	
Forderungen	25.000,—	
Autos	30.000,—	1.110.370,—
An Angelegte Werte:		
Beteiligung bei der G. G. Hamburg	10.421.46,—	
Beteiligung bei der Ver- einigung bei der Ver- einigung Hamburg	1.431.70,—	
Obbligationsanleihe G. G. Baugewerkschaft Baden Dienstadt	3.000,—	
Dienstadt	1.000,—	
Dienstadt	600,—	16.453.15
An Verfügbare Werte:		
Rechtsgeld	5.234.97,—	
Polizeistempel	719,—	
Polizeistempel Karlsruhe	1.143.38,—	
G. G. Girokonto Hamburg	21.436.15,—	
G. G. Girokonto	3.382.85,—	29.921.25
An Eigenschaften:		
		25.000,—
		1.181.744.50

Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1920 5237
 Die eingezahlten Geschäftsanteile betragen 172.068 RM.
 Die Haussummen betragen 261.850 RM.
Der Vorstand:
 H. Wagem. E. Wunder. Frau Dr. Kollmann. 7128

Am Freitag, den 24. ds. Mts., find die Pünks
 und Verkaufsstellen für den Publikumsverkehr
 nur von 12-12 Uhr geöffnet. 3417
 Lebensmittelamt.

Die Kaffe 5 in Stadt. Park wird am 1. Jan.
 1921 aufgelöst und werden die dazugehörigen
 Ausgabe gelangten Kinder- und Krankenwär-
 mittel in Zukunft durch einzelne Geschäfte ver-
 teilt. Die Namen derselben werden noch be-
 kanntgegeben. Bis zu obigem Termin kommen
 an Kaffe 5 im Park zur Ausgabe:

Corned Beef:
 Rindfleisch per große Dose 48.50 M
 Sammelfleisch per große Dose 48.50 M
 Olivenöl: per Liter 25.— M
 Indischer Thee: per Pfund 28.— M
 Trüffel: reines Naturprodukt 3.50 M
 Trüffel: reines Naturprodukt 3.50 M
 per 50 Gramm entspr. 4 Eier
 Distillat: per Pfund 8.— M
 Süßholz: per Paket 7.40 M
 500 Tabletten 110fach.
 Lebensmittelamt. 3416

Sängerbund Vorwärts Durlach.
 Wir beehren uns unsere Mitglieder
 nebst Angehörigen zu unserer am Sonntag
 den 26. Dezember (2. Feiertag), nachm.
 punkt 3 Uhr, im Saale der „Festhalle“
 stattfindenden
Weihnachtsfeier
 verbunden mit Gesang, Theaterauffah-
 rung und Tanz ergebenst einzuladen.
 NB. Uns zugehörige freiwillige Gaben
 wollen bis zum Sonntag Morgen in der
 „Festhalle“ oder beim Kassier S. Kien,
 Gerberstr. 3 II. abgegeben werden.
 Der Vorstand. 7126

Offenburger Anzeigen.
 In der frädt. Verkaufsstelle
 wird bis auf weiteres jeden Tag abgegeben
 markenfrei:
 Blut- und Lebertrock, Pfund 7.50 M.
 Linsen- und Sammelfleisch in Büchsen im
 Ausschnitt Pfund 9.— M.
 Fleischwurst in Dosen, Wursthalt circa 700
 Gramm, Dose 18.— M. 3421

Naftatter Anzeigen.
 Die Pählungslisten über den Pferde- und
 Rindviehbestand hiesiger Stadt sind vom Mitt-
 woch, den 22. Dezember d. J. an acht Tage lang
 im Rathaus — Zimmer Nr. 10 — zu jeber-
 manns Einsicht aufgelegt.
 Dies wird mit dem Anfügen zur Kenntnis
 gebracht, daß die Listen für die Beiträge maß-
 gebend sind, welche von den Tierbesitzern zu
 Deckung der Entschädigungen für Seuchen-
 lüfte entrichtet werden müssen.
 Anträge auf Verichtigung der Listen sind in-
 nerhalb der gegebenen Aufnahmefrist bei dies-
 seitiger Stelle vorzubringen. 8420
 Naftatt, den 20. Dezember 1920.
 Das Bürgermeisteramt.
 Renner. Gilbert.

**Arbeiter! Werbet für den
 „Volksfreund.“**

Baden-Baden.

Bezirks-Konsumverein Baden-Baden
 c. G. m. b. H.

Die Ausgabe des in unserer Anzeige vom
 18. ds. Mts. ausgeschriebenen
Spezial-Haushaltungsmehls
 hat sich verzögert und dürfte daher erst in näch-
 ster Zeit vorgenommen werden. 8418
 Lebensmittelamt.

**Für die Feiertage
 offeriere billigst
 Wein**
 offen und in Flaschen
 Weinkellerei
Goldener Löwe
 Baden-Baden. 7107

Pfannkuch & Co.
Neue Gemüse-Konserven
 feinste
Schnittbohnen 4.-
 1 Pfund-Dose Mk.
Tomatenpüree 5.-
 1 Pfund-Dose Mk.

Pfannkuch & Co.
 für Weihnachten empfiehlt
 Korb-Waren aller Art.
A. Jörg,
 Korb- und Kinderwagen - Geschäft
 Karlsruhe i. B.
 Amalienstr. 59, Tel. 2241.

Arb.-Gesv. Gleichheit
 19 04
Weihnachts-Feier
 Musik, Gesang, Theater-Aufführung, sowie
 Auftreten des humoristischen Kunst-Ensembles
 und des Kinderchors
 Fern-Verlosung und Gaben-Verlosung.
 Nach Schluß des Programms TANZ.
 Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie
 Freunde des Vereins ergebenst ein.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
"Solidarität"
 Ortsgruppe Karlsruhe-Mitteheim.
 Sonntag, den 26. Dezember, nachmittags
 3 Uhr, im Saale zur "Friedrichstraße".
Winter-Feier mit Ball
 wozu sämtliche Mitglieder mit Familienangehörigen,
 Freunde und Gönner freundlichst eingeladen sind.
 7123 Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
 Donnerstag, den 23. Dezember 1920. 3422
Der kleine Muck
 Anfang 1/5 Uhr. 7.- Ende 7 Uhr

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien
Deutsche Romane
 zeitgenössischer Dichter
 Die zwei Nationen. Ein Zeitroman von Traugott Zamm. Schön gebunden. 20 Mark
 Oerit Goldis Braunschau. Traugott Zamm. Schön gebunden. 21 Mark
 Auf heiß umstrittener Erde. Ein Geschichtsroman von Margarete von Gottschall. Schön gebunden. 21 Mark
 Von den tiefen Wäldern des Hans Schäffner. Ein Persönlichkeitsroman von Wilhelm Oswald Merck. Mit einem Seitenwort von Friedrich Schiller. Schön gebunden. 21 Mark
 Heutsther. Ein humoristischer Roman von Max Burckhardt. Schön gebunden. 21 Mark
 In dieser neuen Sammlung sollen nur Werke einer innerlich starken Kunst von bleibendem Werte Aufnahme finden, während alles sonstige, was in überhasteter Hast, im Witzig-Protocollen oder in bloßen Abstraktionen die Verzerrungen einer Tagesmode widerspiegelt.
 Zu diesen Preisen kommen noch die ordentlichen Buchhändler-Zuschläge.

Arbeiter-Gesangverein
"Harmonie"
Touristen-Verein
"Die Naturfreunde"
 beehren zu ihrer am Sonntag,
 (Steinstag) nachmitt. 4 Uhr im
 Saale z. "Fortuna" stattfindenden
Weihnachts-Feier
 verbunden mit Theater
 Gabenverlosung und
 darauffolgendem Tanz
 Saalöffnung 1/4 Uhr. 7120
 Eintritt für Nichtmitglieder 2.50 Mk.
 Die Feskommission.

Braut-Kränze
 Brautschleier empfiehlt
W. Sims Nachf., Kreuz-
 straße 4.

Pfannkuch & Co.
 Von neu eingetroffenen
 Partien
 frisch gerösteter
Weihnachts-Kaffee
 Pfd. 26.- Mk.

Pfannkuch & Co.
 G. m. b. H.
 Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
 für Erwerbsbeschränkte und Erwerbslose in Karlsruhe,
 Bahnhofsstraße 100, Telefon 5270-5274
 liefert ab Lager (Erweiterung), oder frei Keller
 öffentlich gehalten, Kiefernholz, Holz-
 splatten, Strohhalm in jeder Bestellung
 in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung
 unterstützt unter Beschreiben, arbeitsbeschränkter und
 arbeitslosen Personen Beschäftigung zu schaffen. 6205

Schreibmaschinen aller
Systeme repariert schnell
 billig
Karl Hafner
 Karlsruhe i. B.
 Amalienstr. 31. Fernspr. 2127.

Rich. Kittel
 Uhren, Gold- u. Silberwaren
 Am Stadtgarten 1
 6206 Telefon 2540
 Ecke Zöllnerstrasse, Hauptbahnhof.
 Grosse Auswahl in
 mod. Wanduhren
 Standuhren.
 Reparatur-Werkstätte.

Altmetalle:
 Kupfer, Rotguss, Messing, Zink,
 Blei, Zinn, Lager-Metalle
 kauft tausend 6172
3. Chimowitsch, Karlstraße 20.

VORWÄRTS
Weihnachts-Feier
 mit Gabenverlosung
 Statt, wozu wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen
 sowie Gönner des Vereins freundlichst einladen.
 7133 Der Vorstand.

Baubund-Möbel
 Wohnzimmer Herrenzimmer
 Schlafzimmer Küchen-
 Eßzimmer Einrichtungen
 in solider Ausführung, den
 veränderten Zeitverhältnissen
 in Bezug auf Preis
 und Formgebung angepasst 6153
Badischer Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22.
 Verkauf gegen bar oder Teilzahlung.
 Während der beiden letzten Advent-
 Sonntage sind unsere Ausstellungs-
 räume von vormittags 11 Uhr bis
 nachmittags 6 Uhr geöffnet.

Mandolinen, Gitarren, Lauten, Konzert-
 und Accordzithern, Mund- und Zieh-
 harmonikas, Flöten und Klarinetten
 Grammophone usw. offeriert billigst
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
 Kronenstr. 52. (7015) Kronenstr. 52.

Einen grösseren Posten fertige
Herren-Ulster
 (Reichsware) Stück nur Mk. 200.-
 haben abzugeben
Gebrüder Strauss
 Steinstrasse 23, 1. Stock. 7093

Theodor Zenker
 Kaisersstr. 61
 gegenüber der
 Hochschule
 Hüte Sport-
 Mützen Artikel
 Schirme Um-
 Stöcke alter
 Hüte
 Mützen- Hutmacher-
 macherei

Neu eröffnet!
**Strumpf-
 Erneuerungs-Anstalt**
 verbunden mit Maschinen-Strickerei,
 wo Strickarbeiten aller Art ausgeführt
 werden. 6206
 Ebenso werden Strümpfe und Socken
 aus allem möglichen Material tadellos
 erneuert in der Maschinen-Strickerei
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.
 Eigenes Woll-Lager.

Neuer 7095
Neberzieher
 billig zu verkaufen.
 Bäckerle, Herderstr. 28. III.

Musik-Schule
A. Hofmann
 Rippurestraße 46.
 Ausbildung 6204
 für Violine, Klavier
Zu den Feiertagen
 empfehle:
**Flaschen-
 weine**
 von Mk. 12.80 an,
 offene Weine billigst
 Süddeutsche, Elzöre,
 Moskat,
 prima Risch- und
 Zwickelberger - Wasser
Ph. Amann
 Kolonialw. u. Feinkost
 Telefon 722
 15 Rudolf-Str. 15.

Gänselebern
 werden fortwährend zu den
 allerhöchsten Tagespreisen
 angekauft. H. Dör, Kar-
 lstraße 12, 2. Stock. 6171

Pfannkuch & Co.
**Christbaum-
 Schmuck**
**Wunder-
 Kerzen**
Baumkerzen
Kerzenhalter
Pfannkuch & Co.

Phorosan-Heilpilz
KARLSRUHE 7010
 Kaiserstraße 91.
 Dr. v. Asten -
 Schmerzlöse Be-
 handl. d. Gonorrhoe.
 Heilng. ohn. Beru-
 fserstörung in
 kurzer Zeit mög-
 lich. Blut-
 untersuchungen
 (Vaserm.) Sy-
 philisbehandlung.
 Sprechstunden:
 werktags von
 11-6 Uhr, Son-
 tags v. 10-1 Uhr.

"Lassallia"
Karlsruhe
 Am Samstag, den 25.
 Febr., abends 6 Uhr,
 findet im "Auerhahn"
 eine gemächliche
**Mitglieder-
 zuzammenkunft**
 statt. Hierzu laden wir
 alle Mitglieder freundlichst
 ein und erwarren zahl-
 reiches Erscheinen.
 NB. Wir machen heute
 schon darauf aufmerksam,
 dass am 1. Januar, im
 "Auerhahn", ein
Frühjoppen
 mit Konzert
 stattfindet. 7121
 Der Vorstand.

Männer-Gesangverein
 Karlsruhe e. V.
 Sonntag, den 26. Dez.
 nachmittags 3 Uhr
 im großen Saale des
 Restaurant
 zum "Kühlen Krug"
**Weihnachts-
 Feier**
 unter Mitwirkung des
 Herrn Will. Luger
 Bauchredner.
 Kinderreigen, Weih-
 nachtsfestspiel, Ge-
 sang, Gabenverlo-
 sung u. nachfolgend
Tanz.
 Wir laden die verehrl.
 Mitglieder, deren An-
 gehörige, Freunde und
 Gönner des Vereins
 freundlich ein und bitten
 um zahlreiches Er-
 scheinen. 7133
 Der Vorstand.

Wäscherei
Schorpp
 verkauft auch 6208
Neue Kragen.

Gänselebern
 werden fortwährend zu
 höchsten Preisen angekauft.
 H. Dör, Wühlburg,
 Gärdisstr. 11. 6167

Ich
 bin
 rasier
 rasier
 rasier
**Rasier-
 Klinge**
Querhahn
 Überall erhältlich.
 Vertreter in Karlsruhe:
Herm. J. Weiss
 Scheffelstrasse 49.

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
 liefert schnellstens
 Annahmestellen:
 Karlsruhe:
 Bernhardstraße 8
 Kaiserstr. 34 u. 243
 Gerwigstraße 46
 Amalienstraße 15
 Waldstraße 64
 Wilhelmstraße 32
 Augustastraße 13
 Schillerstraße 18
 Kaiserallee 37
 Gabelsbergerstr. 1
 Rheinstraße 18. 6205
 Durlach:
 Hauptstr. 15.

Franz Teuff
 Kreuzstr. 20 - Tel. 1100.
 Buchdruckerei
 Buchbinderei
 liefert rasch alle ein-
 schlagigen Arbeiten.
 Sprechzeiten 1-1 Stunde
 Bei Abgabe obige Anzeiges
 gewähre ich auf sämtliche
 Waren 1/2 Rabatt.

Weiss- u. Rotweine
 ff. Flaschenweine, Malaga, Cognac, Kirsch-
 wasser, Zwetschgewässer, Tresterbrannt-
 wein etc. empfiehlt in 1/4 u. 1/2 Flaschen billigst
A. Sperling, Weinhandlung
 Goethestrasse 28.

Färberei u. chem.
Wasch-Anstalt
Geschw. J. & F. Schmitt
 Hauptgeschäft Scheffelstr. 53
 liefern in 8-10 Tagen
 in allen Farben.
 Spezialität: Färben nach Muster.
 Aufträge werden in sämtlichen An-
 nahmestellen der
Kragenwäscherei Schorpp
 entgegen genommen. 6221

Angebot!
 Margarine per Pfund Markt 14.50
 Eigel, feinste Pflanzenbutter per Pfund Markt 18.80
Erstklassige Käse:
 Zilsiter 1/4 Pfund Markt 3.75
 Goudakäse 1/4 „ Mk. 4.20 u. 5.20
 Gültige Bezugsquelle für
 Betriebe, Kantinen etc. 7007
 Laden geöffnet von 8-12 Uhr und von 2-6 Uhr.
Milchzentrale, Lauterbergstraße 3.

Sparkochherde
 in emallierter und lackierter Ausführung,
 kombinierte Kohlen- u. Gasherde, Gas-
 Back- und Geill-Apparate, Herdeherde
 und Spülküchen-Einrichtungen, Lager
 in Kupfer-Wasserschiffen und Neuan-
 fertigung nach Maßanfertigung.
Holherd-Karl Ehreiser
 Inhaber: E. Koepfer. 6036
 Herrenstr. 44. Karlsruhe i. B. Tel. 4981.